

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Der 1. Mai

Proletarier, macht diesen Kampftag zum Auftakt der wirklichen Einheitsfront gegen Kapital und Faschismus!

1. Mai — das ist der Tag der Arbeiterklasse, das ist der Tag, den das internationale Proletariat erkoren hat, um gegen wirtschaftliche und soziale Knechtung zu protestieren und seinen Willen zum Sozialismus vor und in aller Welt zu offenbaren. 1. Mai — das ist der Tag, an dem der Massentritt der Arbeiter-Bataillone die herrschende Klasse an die Vergänglichkeit ihrer Herrschaft gemahnen, und der gleichzeitig der Musterung der eigenen Kraft der Arbeiterklasse dienen sollte. Der 1. Mai ist darum und kann nur sein: Tag des Kampfes.

Als solcher hat er sich auch tief und unausfüllbar in die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung eingegraben. Die herrschende Klasse weigerte sich, diesen Tag dem Proletariat freizugeben. Sie will keinen Feiertag anerkennen, der einem anderen Willen entspricht als ihrem eigenen. So wurde die Eroberung des 1. Mai selber zum Gegenstand des Kampfes. Überall hat die Arbeiterschaft große und harte Opfer zu seiner Eroberung als proletarischen Feiertag gebracht und fast überall bringt sie auch heute noch ständig Opfer.

Dieser 1. Mai, zu dem die Arbeiterschaft heute aufmarschiert, hat — keiner, der treu und mutig zur roten Fahne steht, kann dies verkennen — besondere Bedeutung. Seit Jahren triumphiert in Deutschland die Reaktion. Elend und Not haben Kreise gezogen, die alle Vorstellungen übertreffen. Ihre tiefste Ursache ist die Arbeitslosigkeit. Sechs bis sieben Millionen Menschen sind es allein in Deutschland, die Tag für Tag den Schrei nach Arbeit erheben. Doch der Schrei verhallt ungehört. Vergebens recken diese Millionen ihre arbeitswilligen Arme in die Höhe. Diese Welt hat an ihrer Kraft und Geschicklichkeit kein Interesse und erbarmt sich auch nicht des Hungers dieser Menschen. Umgekehrt sie nimmt ihnen noch das wenige, worauf sie einen gesetzlichen Anspruch haben, die sozialen Einrichtungen, diese Notbehelfe gegen die größte und dringendste Not, werden brutal und rücksichtslos abgebaut und soeben holt die herrschende Klasse zu einem neuen Schlage gegen die Arbeiterschaft aus.

Und gleichzeitig mit der sozialen Reaktion erhebt die politische Reaktion von Tag zu Tag kühner und herausfordernder ihr Haupt. Die fällige Rechenschaft fürchtend, die die Arbeiterschaft von ihr eines Tages fordern muß, hat die herrschende Klasse sich mit einer Hilfstuppe umgeben und schickt sich an, gestützt auf diese, auch die letzten Hüllen des Parlamentarismus abzustreifen und die offene Diktatur zu errichten. Soeben haben die Präsidenten- und Länderwahlen ein geradezu alarmierendes Bild der Größe gezeigt, zu der diese Hilfstuppen bereits angewachsen sind. Wir alle wissen, daß auch diese nicht vermögen den Freiheitswillen der Arbeiterschaft zu ersticken und den Sozialismus zu töten. Was die moderne Arbeiterbewegung, was ihre Bildungs- und Erziehungsarbeit, was die marxistische Literatur in der Arbeiterschaft geweckt haben, das ist tief und unauslöschlich in die Herzen versenkt



Vereint schlagen wir alle Gegner

und muß und wird sich Durchbruch verschaffen. Der Sozialismus ist eben kein trügerisches, auf verlogenen Phrasen aufgebautes „Drittes Reich“, ist kein von phantastischen Träumern erdachter Traum, kein von weltfremden Ideologen von den Sternen herunter geholtes Trugbild, sondern der Sozialismus ist Ziel und Forderung der Arbeiterschaft geworden, weil nur im Sozialismus die Menschheit die Sklavenketten endgültig abstreift, weil kein anderes, wie immer geartetes Wirtschaftssystem die soziale Freiheit der Menschen verbürgt.

So lassen wir die rote Fahne als das Symbol des Sozialismus in diesem Jahre nur um so zuversichtlicher und stolzer leuchten. Denn was kündigt diese, die Welt seit Jahren erschütternde Krise anderes als daß der Kapitalismus selber ins Wanken gekommen ist? Was beweist die Arbeitslosigkeit, der Lohn- und Unterstützungsraub anderes als die Erfüllung der Marxschen Prophezie, daß der Kapitalismus an einen Punkt gelange, wo er die Sklaven, statt von ihnen ernährt zu werden, nicht mehr ernähren kann? So sehr wanken die Mauern des Kapitalismus, daß die Truppen, die er in seiner Not zur Verteidigung aufge-

rufen hat, als seine Feinde deklarieren und für den Sozialismus zu kämpfen vorgehen müssen. Ein alter Kriegstrick, der hier auf das Kampffeld der Politik angewandt, nur den durchsichtigen Zweck verfolgt, Verwirrung in die Reihen der Arbeiterschaft zu tragen.

Und hier droht die große Gefahr. Die klassenbewußte Arbeiterschaft ist national und international zerklüftet und marschiert in getrennten Bataillonen. Das ist die Einbruchsstelle für den Faschismus. Nie und nimmermehr wird ein Hitler oder wer noch zu fürchten sein, wenn die Arbeiterschaft diese bestehenden Trennungen überwindet und über alle Gegensätzlichkeit in den Auffassungen über Weg und Ziel hinweg sich auf dem Boden des Klassenkampfes zur Niederwerfung des drohenden Faschismus zusammenfindet.

Diese Entwicklung zu fördern, ist die Aufgabe, die die Sozialistische Arbeiter-Partei sich gestellt hat. Wie kein Tag mahnt dieser 1. Mai, sich überall für ihre Erfüllung einzusetzen. Die Arbeiterklasse wird siegreich sein, wenn sie — frei von allen Bindungen zum Bürgertum — sich im Kampfe vereinigt.

**Arbeiter, erkennt die faschistische Gefahr!
Schließt euch zusammen!**

Demonstriert an diesem 1. Mai für den Kampfblock aller Proletarier, aller Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus

**Nieder mit der Zwietracht in unseren Reihen,
Demonstriert einig und geschlossen gegen die bürgerliche Diktatur, gegen den drohenden Faschismus,
für den Kampf um den Sozialismus!**

Block der Arbeiter-Organisationen

Antwort an die KPD
Von Max Seydewitz

Die letzten politischen Entscheidungen zwingen jeden denkenden Proletarier und jeden verantwortlichen Funktionär der Arbeiterbewegung zu der Erkenntnis, daß es gegenüber dem immer stärker werdenden wirtschaftlichen Druck auf die Arbeiterklasse und gegenüber der immer drohender werdenden faschistischen Gefahr nur die eine Rettung gibt: Trotz der verschiedenen Meinungsverschiedenheiten die Arbeiterorganisationen zusammenzuführen zu einem Kampfblock gegen die die Proletarier ohne Unterschied der Partei gleichmäßig treffenden unerträglichen Bedrückungen. Es ist die allerhöchste Zeit.

Es hat den Anschein, als ob der Ausgang der letzten Wahlen auch die Führung der SPD und der KPD ein wenig bedenklich gemacht und zur Vernunft gemahnt hat. Die Zentrale der KPD sagt in ihrem am Tage nach der Wahl veröffentlichten Aufruf:

„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.“

Zweifellos ist das ein etwas anderer Ton als in früheren Aufrufen des Zentral-Komitees. Mancher Proletarier meint, daß dieser Aufruf, der ausdrücklich von der Bereitschaft zum Zusammenwirken mit anderen Arbeiterorganisationen spricht, eine ernsthafte Wendung zu dem sei, was jetzt das Gebot der Stunde ist. Wir ersparen uns hier ein langes Rätselraten

Wir erklären gegenüber dem Vorschlag der kommunistischen Parteileitung, daß wir diesen Vorschlag akzeptieren, daß wir an jedem Tage und zu jeder Stunde zum ehrliehen Zusammenwirken mit den anderen Arbeiterorganisationen bereit sind

und daß keines unserer Mitglieder es fehlen lassen wird an der Bereitschaft für die Bildung des Arbeiterblockes zur Durchkämpfung der gemeinsamen Klasseninteressen.

Wenn die kommunistische Parteileitung wirklich eine Wendung vorgenommen hat und ihren Vorschlag an die anderen Organisationen ernst meint,

dann soll sie jetzt mit einem konkreten Vorschlag an die einzelnen Arbeiterorganisationen herantreten, um in direkte Verhandlungen über die Bildung des Blockes der Arbeiterorganisationen einzutreten.

Es gilt jetzt vordringlich u. a. Abwehr weiterer Lohnverschlechterungen, Abwehr weiterer Verschlechterungen der Erwerbslosenversicherung und der Sozialgesetzgebung, aktiver Abwehr der faschistischen Gefahr.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen müssen die Proletarier ohne Unterschied der Partei sich zusammenfinden zu einem festen Kampfblock.

Zu diesem 1. Mai

In einem wahrhaft tröstlichen, energiegelenden Zustand findet dieser 1. Mai die deutsche Arbeiterbewegung. Der alarmierende Hitlerseig vom 24. April hat aufgerüttelt. Aber die Erbschaft von 17 Jahren Spaltung ist nicht überwunden, an der Barriere der Parteibürokratie bricht sich immer noch die breite Welle des Strebens zu einer neuen revolutionären Einheit der Klasse.

In Tausenden von Orten marschieren heute die Kommunisten und Sozialdemokraten gegeneinander ist etwa gemindert. Von der Einheitsfront wird mehr als je geredet, aber auch die ersten Schritte zu dem, was möglich ist, zum Block gegen den gemeinsamen Feind, sind noch nicht getan. Sie sind nicht getan, weil die verhängnisvolle Politik, die zum Niedergang geführt hat, in beiden Lagern an der Spitze noch festgehalten wird. Und so droht im Lande der stärksten Proletariats der Sieg der bonapartistischen Abenteuerbanden der braunen Armee, in nicht mehr ferner Zeit, wenn das Ruder nicht herumgerissen wird.

Die Hindenburg-Sozialdemokratie, die Noske-, Hörning-, Severing-, Braunspitze der bürgerlichen Kontrevolution, ist noch zu fest verwurzelt in den Pfänden von gestern, die morgen der Faschismus besetzen wird. Aber dann wird es zu spät sein mit der Umkehr, dann kommt unausbleiblich eine Ära, die die Matteotti-Zeit des italienischen Proletariats an Grausamkeit, Unterdrückung, Rechtslosmachung noch übertrumpfen wird. Zum 1. Mai hat die sozialdemokratische Parteipresse einige eingefrorene Posthorntöne von der sozialistischen Einheitsfront verlauten lassen. Aber ihr Parteivorstand, der heute tagt, starrt wie gebannt auf den bisherigen bürgerlichen Koalitionsgenossen, das Zentrum,

Zur Tagung des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumsparlei, der sich gleichzeitig in Berlin versammelt hat, regnet es aus dem sozialdemokratischen Lager von Beschwürungen und neunmaligen Betrachtungen seiner bankrotten SPD-Verführer. Severing an ihrer Spitze schreibt im „Vorwärts“ eine seiner berichtigten staatspolitischen Betrachtungen und der Weisheit letzter Schluss ist: Solange als nur möglich in den Scheinmachungspositionen kleben bleiben. Während verlautet, daß der impulsivere Otto Braun die SPD aus der Verantwortung für die Tolerierung heraus in eine sogenannte „Oppositionsstellung“ führen will, um dort die gestümperte Partei zu etablieren, verlangt Severing offenbar in Übereinstimmung mit der SPD-Bürokratie auch noch dieses „schwerste Opfer“ zu bringen und jetzt „bis zur Auflösung“ in den Staatsposten auszuharren, damit das „Zentrum in der Freiheit seiner Entscheidungen nicht beeinträchtigt“ werde. Die Sozialdemokratische Partei dürfe sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sie hätte durch ungeduldiges Drängen das Zentrum zu verhängnisvollen Entscheidungen genötigt, meint ein Severing. Ähnlich beschwört der württembergische Sozialdemokrat Keil im Abend-„Vorwärts“ das Zentrum, es möge „jede Unvorsichtigkeit, die gleichbedeutend mit Selbstmord wäre“, unterlassen, der „Drehpunkt des politischen Pendels dürfe nicht verschoben werden“.

Das ist schon nicht mehr parlamentarischer Kretinismus, das ist schon gefährlicher, verbrecherischer Stumpfheit in einer Lage, wo nur noch der gemeinsame Aufmarsch aller Kräfte des Proletariats das politische Pendel nach links ausschlagen läßt. Der Aufmarsch, der auch die Arbeiter des Zentrums in die proletarische Front herüberziehen würde und damit die Zentrumsführer unter den Druck stellen würde, der sie zwingt, wenigstens eine Zeitlang gegen den Faschismus zu manövrieren, und dadurch die neue Sammlung des Proletariats zu erleichtern.

Die Parteivorstandssitzung des Zentrums hat ein nicht-legendes Bulletin ausgegeben, hüllt sich in Schweigen, betont nur, daß das Zentrum berufen sei, eine nationale Realpolitik zu führen — und das sagt genug. Die Linie der Thyssen und Kaas hat gesiegt, und es ist ein bezeichnendes Symptom, daß wir trotz seiner Geringfügigkeit und trotz der Bedeutungslosigkeit der Person, die es betrifft, verzeichnen wollen, daß selbst ein Mann wie Wirth diese Parteivorstandssitzung unwillig vorzeitig verlassen hat. Die Pfaffen und Bürokraten des Zentrums werden ihre Positionen so teuer wie möglich an die Nationalsozialisten verkaufen. Sie werden um so mehr vom Laufpreis aus dem Kredit zu geben verstehen, den ihnen die Sozialdemokratie zinslos schenkt.

In dieser ungemein alarmierenden Situation hätte die kommunistische Partei Deutschlands ein gewichtiges Wort, auch heute noch, mitzureden. Trotz all der katastrophalen Fehler der Vergangenheit, die sich ihre Revolutionsbeamten unter der Anleitung der Kominternexekutive geleistet haben. Ein Wort zugunsten der Verbesserungen der Stellungen des Proletariats. Aber es ist das Verhängnis der deutschen Arbeiterbewegung, daß der verbürgerlichten Sozialdemokratie nur eine bis in die Knochen politisch verlotterte kommunistische Partei als Machtfaktor gegenübersteht. Diese Partei kann auch heute noch das

nationalbolshewistische Geflücker nicht lassen. Heute noch, nachdem die Fronten der Partei brüchig geworden sind und Hunderttausende in der Verwirrung aus dem Thälmannlager ins Hitlerlager übergegangen sind, begrüßt die „Rote Fahne“ den 1. Mai mit dem Refrain: „Morgen marschieren wir gegen Young und Versailles!“

Und während gleichzeitig eine unzulängliche taktische Wendung vorgenommen wird, die in dieser Situation nur verwirrend wirkt. Was zu dieser Wendung positiv zu sagen ist, ist in der Antwort des Gen. Seydewitz gesagt. Wie wenig Hoffnungen aber erlaubt sind, das zeigt sich jetzt täglich in der „Rote Fahne“ den eigenen Mitgliedern der KPD, deren größter Teil offenbar schon gegen die neue Linie, die ihnen auf Grund der bisherigen Erziehung als Zumutung erscheint, meutert, exerziert wird. Dieses Exerzieren geschieht mit einer für die revolutionäre Partei unerträglichen Verlogenheit. Da wird gesagt, wenn die bürgerliche und sozialdemokratische Presse „von einer Wendung in unserer Politik spreche, so kann man mit einer Handbewegung über diesen verächtlichen Unsinn hinweggehen. Wir setzen unbeirrbar unsere proletarische

Klassenpolitik fort. Wir haben nie aufgehört, an die sozialdemokratischen Arbeiter zu appellieren.“ Die Redakteure der „Rote Fahne“ denken offenbar, daß ihre Leser und besonders die Leser im sozialdemokratischen Lager über ein gleiches Maß an Verlogenheit verfügen wie sie selbst. Daß sie sich nicht erinnern, an die noch nicht lange vergangenen Zeiten, in der die gleiche Fahne den „kleinen Zügel im Betrieb“ zum „Hauptfeind“ erklärte, d. h. den linken sozialdemokratischen Arbeiter; nicht erinnern an die Hetze gegen die „Sozialfaschisten“, nicht erinnern an die Spaltortpolitik, noch bis in die allerjüngste Zeit bei der Aufstellung der Thälmann-Kandidatur.

Wir unterstreichen das deswegen, weil die Einschmuggelung eines Restchens von Vernunft die Wirkung verfehlt muß. Die Wendung wird nur eine Wendung sein, wenn sie offen gemacht wird. Die Mitglieder der kommunistischen Partei können und werden die notwendigen Schritte nicht tun, wenn sie nicht bewußt das ultralinke Sektiererium der Vergangenheit abwerfen und in der neuen Situation ehrlich den Weg zur Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern suchen. Und werden sie diesen Weg nicht gehen, so wird

die Kraft mangelhaft, die heute imstande wäre, Brechen in die reformistische Bürokratie zu schlagen, die Kraft, die in der RGO und den den Sonderverbänden verpufft, dort nur zur Vertiefung der Spaltung beiträgt.

An diesem 1. Mai ist es die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei, den ganzen Ernst der Lage unumwunden auszusprechen und mit ihrem heute noch an Zahl bestehenden Vortrupp unentwertet den Kampf für die Einheitsfront zu führen. Das deutsche Proletariat ist noch nicht geschlagen. Seine Kampferfahrungen, die Erkenntnis, daß das kapitalistische System in den Fugen wankt, die Wahrzeichen des Aufbaus in der Sowjetunion mitten in einer untergehenden Welt, das geistige Erbe der russischen Revolution sind die Verbündeten seines Wiederaufstiegs. Die Tradition einer revolutionären Vorkämpfer, die Tradition von Marx und Engels, Lenin, Liebknecht und Luxemburg lebt in seinen Reihen. Gegen diejenigen, die sie erstickt haben, gegen die Saboteure der revolutionären Front erheben wir aufs Neue die Fahne! Vorwärts, über die Einheitsfront von heute zu neuen Siegen von morgen, zu der Befreiung des Proletariats.

Neuer Arbeitsbeschaffungs-Schwindel

Kapitalbeschaffung durch Lotterie-Anleihe mit weitgehender Steuerbefreiung — Arbeitsdienstpflicht-Pläne im Kabinett

Berlin, 30. April 1932.

Die Telegraphen-Union meldet:

Nach Rückkehr des Reichskanzlers werden Anfang nächster Woche die durch die Genfer Reise Brünnings unterbrochenen Beratungen des Reichskabinetts über eine Reihe wichtiger finanz- und wirtschaftspolitischer Fragen fortgesetzt. Die ersten drei Tage der Woche werden Haushaltsfragen gewidmet sein. Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen wird ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das von den zuständigen Ressorts in der Zwischenzeit kabinettstreu gemacht worden ist.

Um die für die Durchführung der Pläne erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, ist die Auflegung einer großen Prämienanleihe geplant, die ähnlich wie die seinerzeitige Reichsbahnleihe mit besonderen Vorzügen ausgestattet werden soll. Der Vorzug soll nach den bisherigen Absichten im wesentlichen in einer möglichst weitgehenden Steuerbefreiung liegen. Einzelheiten über den Gewinnplan liegen noch nicht fest, doch soll mit der Rückzahlung bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit begonnen werden.

Unter Hinweis auf den Erfolg der seinerzeitigen Reichsbahnleihe ist man in unterrichteten Kreisen auch hinsichtlich des Ergebnisses dieser Anleihe guter Hoffnung. Im Zusammenhang mit dieser Frage wird sich das Reichskabinett dann weiter

mit dem Problem der Arbeitsdienstpflicht

oder, wie man an unterrichteter Stelle sich auszudrücken vorzieht, des freiwilligen Arbeitsdienstes, beschäftigen. Inwieweit eine Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes angestrebt werden kann, ist naturgemäß in der Hauptsache eine finanzielle Frage. Wenn den Schulentlassenen die Möglichkeit gegeben werden soll, sich im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes zu betätigen, so wird die Regierung nicht umhin können, ihnen vielleicht über die für die Arbeitslosenauszahlungen festgesetzte Frist hinaus ein Existenzminimum zu gewährleisten.

Die gesamte bürgerliche Presse bringt die Meldung über die Arbeitsbeschaffungspläne des Kabinetts in großer Aufmachung. Offenbar verfolgt sie damit die Absicht, Beruhigung in die durch die andauernde Arbeitslosigkeit aufgeschreckten Massen zu tragen, eine Wirkung, die ja auch das Kabinett in erster Linie von seinem Plan erhofft.

In Wirklichkeit steht schon heute fest, daß das Ergebnis dieses Plans im umgekehrten Verhältnis zu dem Lärm steht, mit der es verkündet wird.

Einmal würde auch der bestenfalls zu erhoffende Anleihe-Erfolg kaum zureichen, um neue nennenswerte Entpannung auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen, und zum anderen ist es überhaupt noch fraglich, ob die beabsichtigte Anleihe Zeichner findet. Wie schwer heute das Geld aus den Truhen und Strümpfen zu locken ist, das zeigt nicht nur die Entwicklung bei den deutschen Großbanken, deren Einlagen trotz der Sanierung nur wenig zugenommen haben, sondern das wird auch dadurch anerkannt, daß die Anleihe mit einem Lotteriencharakter bei gleichzeitiger weitgehender Steuerbefreiung ausgestattet wird. Das sind sicher verlockende Aussichten für die Zeichner, aber Anleihen sind heute einerlei unsichere Angelegenheit, daß auch die schönsten Vergünstigungen keinen Ausgleich

für das damit eingegangene Kapitalrisiko bieten. Ganz abgesehen davon aber muß es die Arbeiterschaft nachdrücklich ablehnen, daß den Kapitalbesitzern auf diese Weise die Möglichkeit eingeräumt wird, sich ihren steuerlichen Verpflichtungen zu entziehen. Was die Kapitalistenklasse weniger zu den Staatskosten belastet, das wird der Arbeiterklasse als Mehrbelastung aufgebürdet.

Die entscheidende Frage aber ist, wie die Gelder verwendet werden sollen. Hierüber hat man bisher noch nichts erfahren. Einige Zeitungen wollen wissen, daß ein erheblicher Betrag — soweit in diesem Zusammenhang überhaupt von „erheblich“ gesprochen werden kann, für Zwecke ländlicher Siedlung verwandt werden soll. Würde das der Fall sein, dann wäre das gleichbedeutend mit einer

Geldverschwendung. Die gesamte staatliche Siedlungspolitik war bisher ein einziges Fiasko und wird es auch in der Folge bleiben, ganz abgesehen davon, daß in diesem Falle die Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt noch ungleich minimaler wäre als etwa bei Verwendung der Gelder durch Erteilung von öffentlichen Aufträgen.

Nach alledem steht schon heute das Urteil über diesen Arbeitbeschaffungsplan fest: er soll die Arbeitslosen in Hoffnungen zwingen, die nie und nimmer erfüllt werden können. Nur ein Weg kann zum Ziele führen; die Enteignung der Boten ihrer Ueberführung in die Lände der Allgemeinheit. Das ist die Forderung, die die Arbeiterschaft erhebt und für deren Erfüllung sie kämpfen muß.

KPD-Bürokratie schändet den 1. Mai

Die „Rote Fahne“ vom 30. April hielt es für angezeigt, ausgerechnet den 1. Mai, den Kampftag für den Gedanken des proletarischen Internationalismus, zu benutzen, um ihre nationalbolshewistischen Losungen zu propagieren. Unter der Schlagzeilen-Überschrift: „Morgen marschieren wir gegen Young und Versailles“, heißt es:

„Das kapitalistische Deutschland hat in Genf eine neue Backpfeife der kapitalistischen Younggrüher einstecken müssen. Das kapitalistische Deutschland kann die deutschen Werktätigen nur immer tiefer in die Schmach der nationalen Versklavung hineinreißen.“

Nach dieser im Stile der Nazi-Propaganda gehaltenen Einleitung wird dann die Deklaration des ZK der KPD vom 12. März 1932 und wieder einmal feierlich die Zerreißen des Versailler Vertrages und des Youngplanes proklamiert. Die Erwähnung des proletarischen Internationalismus wirkt in diesem Zusammenhang als hohle Phrase.

Alle revolutionären Arbeiter, vor allem alle KPD-Anhänger, müssen gegen diese Schändung des 1. Mai den schärfsten Protest erheben. Der 10. April und der 24. April haben deutlich genug gezeigt, daß die nationalbolshewistische Verwirrung nicht den Faschismus, sondern die Arbeiterbewegung zersetzt. Wer diese Propaganda dennoch fortsetzt, der hilft dem Klassenfeind. Das revolutionäre Proletariat marschier unter der Losung Karl Liebknechts: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Ein neuer Feme-Mord?

Eine neue Bluttat wurde in der Nacht zum Sonnabend in Berlin-Schöneberg begangen. Das Opfer ist der 28jährige Kutscher Walter Ackermann, der durch fünf Revolvergeschüsse schwer verletzt wurde. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

*

Diese neueste Bluttat zeigt eine auffallende Ähnlichkeit mit dem Mord in Steglitz am Wahlsonntag, über dessen genauere Einzelheiten wir gestern berichteten. Ackermann soll in angetrunkenem Zustande auf einer Bank gesessen haben, als drei Burschen vorübergingen. Diese riefen ihn an, und als Ackermann aufstehen wollte, knallten hinter-

einander fünf Schüsse, die ihn niederstreckten. Nach einer anderen Darstellung soll Ackermann auf die drei Vorbeikommenden zugegangen sein und einen der drei gestossen haben. Was die Burschen sagten, hat Ackermann nicht recht verstanden. Er glaubt aber die Worte vernommen zu haben: „Hier ist ja keine SA!“ Da die Täter entkommen sind, ist die Tat vorläufig noch in ein großes Geheimnis gehüllt. Die Umstände könnten sehr wohl auf einen neuen Feme-Mord deuten.

Um das Reichsbanner

Die T.-U. meldet:

Es ist anzunehmen, daß das Reichskabinett sich alsbald auch über die Reichsbannerfrage schlüssig werden wird. Der Reichspräsident dürfte in seiner heutigen Unterredung mit dem Reichskanzler diese Frage angeschnitten haben. Dem Reichspräsidenten ist es, wie verlautet, im wesentlichen darum zu tun, eine Bürgerschaft gegen ein Wiederaufleben der verbotenen oder freiwillig aufgehobenen militärischen Organisationen zu erhalten.

Breslau wählt 4 SAP-Genossen zum DMV-Verbandstag

Am 28. April fand in Breslau die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Es wurden u. a. auch die Wahlen der Delegierten für den Verbandstag in Dortmund vorgenommen. Diese Wahlen haben einen vollen Sieg der SAP-Genossen gebracht. Alle vier Delegierten sind SAP-Genossen. Es wurden abgegeben 291 Stimmzettel, davon zwei ungültige. Es erhielten Stimmen: Genosse Hans Ziegler 239, Bruschke 219, Biener 214, Träger 212; die SPD Genossen Scholz 56, Mehnert 56, Kiesewetter 3, Liebs 2, der KPD-Genosse Gläser 38. Ferner wurden vier Anträge zum Verbandstag angenommen. Im ersten wird verlangt, daß der Verband auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes zurückkehre; im zweiten wird die Schreibweise der Metallarbeiterzeitung mißbilligt und verlangt, daß die Metallarbeiterzeitung ihren Kampf für die Interessen der Metallarbeiter vom Standpunkt des Klassenkampfes führt; im dritten wird eine große Aktion zugunsten der Arbeitslosen verlangt und die vierte befaßt sich mit dem § 65 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Die Schande des 1. Mai 1932

Herbert Duckstein

„Heute ist euer Feiertag, ihr Herren Bourgeois! Aber unser Feiertag wird noch kommen.“

Grigor Sinojew, 1. 5. 1915.

Wenige Tage vor dem 1. Mai des Jahres 1890 saßen in verträucherten Hinterzimmern kleiner Lokale am Wedding, in Neukölln, in Moabit und überall dort, wo Arbeiter in Berlin wohnen, eine Handvoll Männer zusammen. Billigen Tabak rauchend und dünnes Bier trinkend. Die Unterhaltung, so erregt sie war, wurde in gedämpftem Tone geführt. Draußen blitzten unter dem matten Gelb der Straßenternen die Polizeihelme. Diese Arbeiterlokale standen unter besonderer Kontrolle. Und für das damals sozialistisch leicht infizierbare Militär auf der Verbotsliste.

Ein junger Arbeiter klopfte mit dem Pfeifenstiel an das Bierglas, die Unterhaltung hörte auf, die Augen richteten sich auf den Sprecher:

„Genossen, ihr wißt, daß der Sozialistenkongress in Paris den 1. Mai zum internationalen Demonstrationstag für Achtstundentag und Koalitionsfreiheit bestimmt hat. Andererseits habt ihr aber von den Bestimmungen des preußischen Innenministeriums gehört. Genossen, ihr wißt, daß Arbeitseinstellung am 1. Mai als Kontraktbruch angesehen und daß die Aufforderung dazu strafrechtlich verfolgt wird. Versammlungen unter freiem Himmel sind wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe“ verboten. Versammlungen in geschlossenen Räumen werden nicht zugelassen. Es ist strengstens verboten, Petitionen für den Achtstundentag zu unterschreiben. Genossen...“

Die Tür sprang auf. „Hände hoch!“ Die Besten saßen am 1. Mai 1890 hinter Gefängnismauern...

Wenige Tage vor dem 1. Mai des Jahres 1932 saßen im verträucherten Hinterzimmer eines Lokals im Arbeiterviertel der Stadt Braunschweig eine Handvoll Arbeiter zusammen. Billigen Tabak rauchend und dünnes Bier trinkend. Und die Ansprache lautete:

„Genossen, die Schamröte muß uns ins Gesicht steigen, wenn wir an den 1. Mai im 14. Jahre einer demokratischen Republik denken, die mit unserer Hilfe aus der Taufe gehoben wurde. In Braunschweig hatten wir den 1. Mai als Staatsfeiertag am längsten erhalten können. In diesem Jahr ist der 1. Mai nicht nur kein gesetzlicher Feiertag mehr, nein, Genossen, es ist uns sogar verboten, für die Kampfziele des internationalen Proletariats zu demonstrieren. Obendrein werden wir von den Faschisten offen verhöhnt. Die Kapitalknechte marschieren an unserem Feiertag auf, verspotten den Marxismus und predigen eine Volksgemeinschaft, die sich schützend vor Schwerindustrie und Finanzkapital zu stellen hat. Unser 1. Mai von faschistischen Terrorbanden besudelt — im Zeichen der bürgerlichen Demokratie! Unsere Rechte mit Füßen getreten — im Zeichen der bürgerlichen Demokratie! Unsere Demonstrationen verboten — im Zeichen der bürgerlichen Demokratie. Knechtschaft und Frondienste unter der Kapitalsdiktatur — im Zeichen der bürgerlichen Demokratie...“

Dieser 1. Mai kann dem Proletariat die Besinnung zurückgeben, wenn es daran erinnert wird, daß die Weimarer Verfassung so frei ist, daß sie selbst der Unfreiheit den Weg ebnet! Der Versklavung! Der faschistischen Konterrevolution! Die Arbeiterschaft hat aus diesem 1. Mai die Lehren gezogen, wenn sich die Formationen der Eisernen Front dezimieren. Welcher Prolet will heute noch eine Verfassung schützen, die dem Faschismus in den Sattel hilft? Welcher Arbeiter will heute noch eine Verfassung schützen, die schon morgen den Schutz des Faschismus genießt?

Im Jahre 1932 ist der Arbeiterschaft in Braunschweig und Mecklenburg jede Demonstration, jede Kundgebung an seinem 1. Mai verboten. Preußen darf noch hinter einem Wall von Polizeiwagen und einer Kette schwerbewaffneter Polizisten die Farce einer Kundgebung gestatten. 1890—1932: seit 42 Jahren sind wir um keinen Schritt weitergekommen, im Gegenteil, die Bestimmungen des Jahres 1890 gegen das Proletariat sind um einiges verschärft worden!

Die Bourgeoisie hat eine Reihe von Gefühlen, die sie sich gesetzlich schützen läßt. Sie hält es so sehr mit ihren „hohen“ Festtagen, den Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Beschäftigt sich eine proletarische Zeitung auch nur kritisch oder polemisch mit diesen

„Festtagen“, die den Millionen von Proletariern einen Dreck wert sind, so wird die Zeitung verboten und der Verfasser des betreffenden Aufsatzes eingesperrt.

Wie würde die Bourgeoisie aufschreien, würde es einem Proletarier einfallen, etwa zu Weihnachten mit einer wirkungsvollen Gottlosenpropaganda an die Öffentlichkeit zu treten! Die „Gefühle Andersdenkender“ würden „verletzt“ sein.

Wir haben es uns abgewöhnt, die bürger-

liche Justiz mit Gerechtigkeit zu verwechseln. Wir zählen nach vielen Millionen in Deutschland. Unsere Gefühle sind diesem Staat und seiner Justiz Hekuba, da wir uns des Verbrechens schuldig gemacht haben, die Ausbeutung nicht als eine unabänderliche Tatsache zu betrachten.

Ihr, die Bourgeoisie, zwingt uns, die Mehrheit, eure Festtage zu respektieren. Und ihr duldet, nein, euch freut die Verhöhnung und Besudlung unseres einzigen Feiertags durch

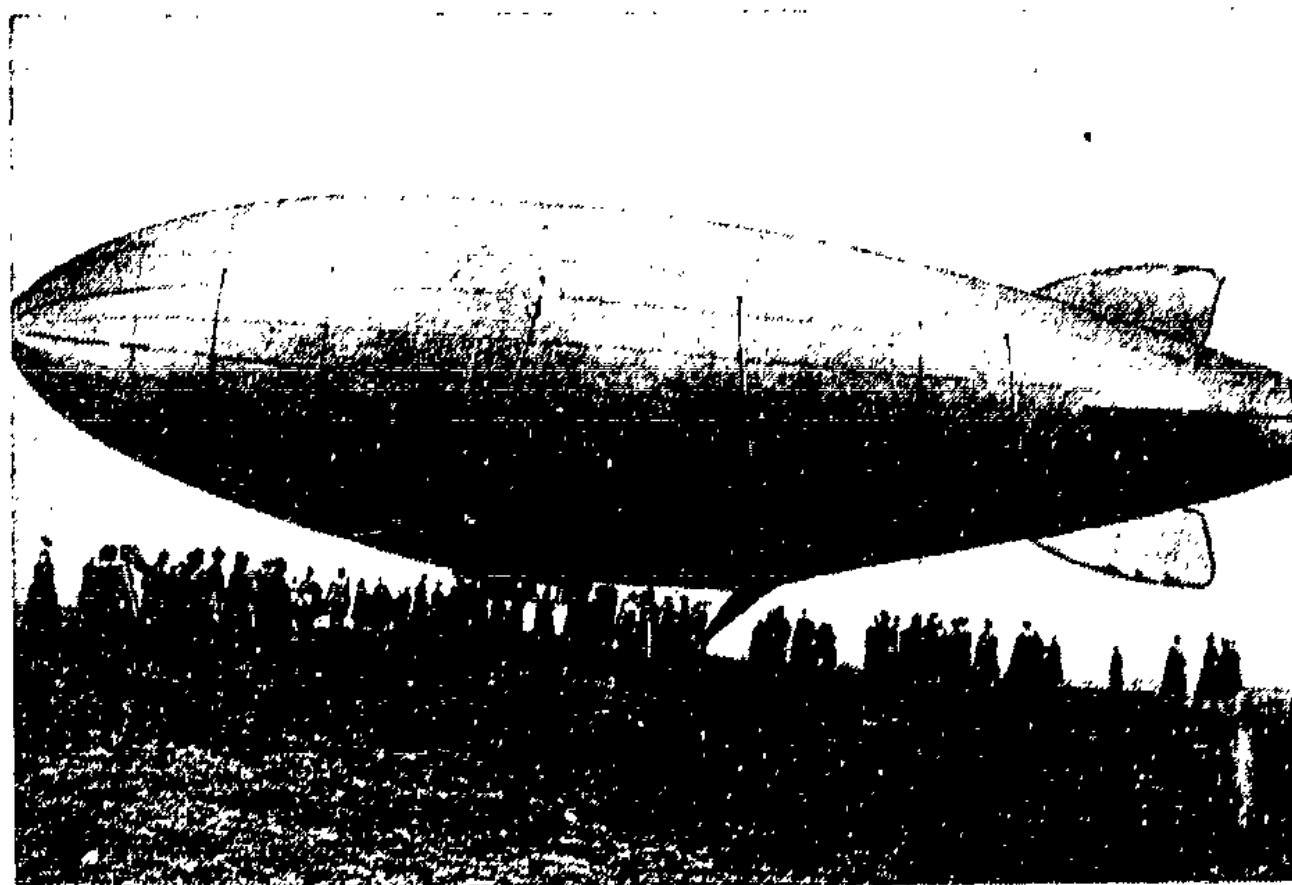
die faschistischen Lakaien des Kapitals. Ihr versagt uns den Schutz unserer Gefühle.

Wir wollen uns nicht länger quälen und verhöhnen lassen. Das Recht, das ihr uns nicht geben könnt, müssen wir uns nehmen!

Die Schande daß heute der erste Mai in Wirklichkeit euer Feiertag ist, läßt uns nicht länger ruhen.

Der Arbeiter hat das Wort! Er muß die Einheitsfront der Klasse erzwingen!

So sieht das erste Sowjet-Luftschiff aus



Das Sowjet-Luftschiff U K 1, das erste Luftschiff, das von der Sowjetunion erbaut wurde und einen Rauminhalt von nur 2200 Kubikmeter besitzt, hat sich bei der ersten Probefahrt als sehr lufttüchtig erwiesen, so daß der Bau weiterer Luftschiffe in Angriff genommen wird.

Taifun auf den Sulu-Inse'n

Manila, 30. April 1932.

Die Insel Sulu (auch Jolo genannt), die größte der gleichnamigen Inselgruppe zwischen den Philippinen und Borneo, wurde von einem Taifun schwer heimgesucht. Die Stadt Jolo wurde zu Zweidritteln vernichtet. Ein Küstendampfer ist gesunken. Die Zahl der Toten ist bisher noch nicht bekannt. Die Stärke des Sturmes nimmt stündlich zu.

Der „Sieger“

Berlin, 30. April 1932.

Das Berliner Arbeitsgericht hatte sich heute mit einer Klage zu befassen, die der Chauffeur Benekost des bekannten Filmschauspielers Hans Albers gegen seinen früheren Brotgeber angestrengt hatte.

Die Differenzen zwischen Hans Albers und seinem Chauffeur waren aus einem recht eigenartigen Anlaß entstanden: Albers hatte kürzlich in Magdeburg ein Gastspiel gegeben, bei dem er von seinen Verehrern und Verehrerinnen sehr stürmisch begrüßt wurde. Nach Schluß der Vorstellung setzten sich die Ovationen auf der Straße fort und nahmen derart heftige Formen an, daß auch der Chauffeur des Künstlers seinen Anteil bekam, allerdings in der Weise, daß ihm dabei ein Arm gequetscht und der Fahrpelz zerrissen wurde. Der Chauffeur wurde bald darauf von dem Filmschauspieler gekündigt und klagte nun heute auf Schadensersatz und Schmerzensgeld, für die „Ovationen“, da Albers ihn angeblich nicht bei der Krankenkasse angemeldet hatte. Die Vertreterin von Hans Albers konnte aber vor dem Arbeitsgericht den Nachweis führen, daß bezüglich der Nichtanmeldung der Krankenkasse ihm kein Verschulden trübe, da der Chauffeur einer freiwilligen Ersatzkasse angehörte.

Ferner klagte der Chauffeur einen Betrag von 12 Mark für eine ausgelegte Autoreifenreparatur ein. Albers ließ durch seine Vertreterin die Berechtigung dieser Forderung bestreiten, auf Veranlassung des Vorsitzenden kam aber wegen dieser Summe ein Vergleich vorbehaltlich der Zustimmung des Beklagten zustande.

Explodierender Sprit

Hamburg, 30. April 1932.

In den Mühlenwerken von Franz Ulmer in Billstedt bei Hamburg ereignete sich am Freitag nachmittag eine gefährliche Explosion. Zwei Arbeiter erlitten schwere Brandwunden und mußten in das Wandsbeker Krankenhaus übergeführt werden. Die Feuerwehr konnte den Brand nach etwa 1½ Stunden löschen. Die Arbeiter waren an einer Trommel, die ein Spritmischungsbehälter, beschäftigt. Die Flüssigkeit muß durch Funkenbildung sich entzündet haben. Durch eine emporschießende Stichflamme wurden die beiden Arbeiter schwer verletzt.

Raubüberfall auf einen Wohlfahrtsbeamten

Hamburg, 30. April 1932.

Am Freitag wurde ein 43jähriger Wohlfahrtsbeamter in der Wagnerstraße von zwei jungen Burschen überfallen, die ihm Pfeffer in die Augen schütteten und ihn zu Boden schlugen. Sie raubten dem Ueberfallenen eine Aktentasche, in der sich 2100 Mark sowie Akten der Wohlfahrtsbehörde befanden und flüchteten. Die Räuber sind unerkant entkommen.

Lohngeldraub in Kassel

Kassel, 30. April 1932.

Am Freitag wurden in Hannoversch-Münden ein Lehrling und eine Angestellte, die für die Firma Gebrüder Schröder die Lohngelder von der Bank abgehoben hatten, auf dem Rückweg von zwei unbekanntenen Männern überfallen. Die Täter entrißen dem Lehrling die Geldtasche mit 1400 Mark Inhalt und konnten unerkant entkommen.

Reichsgericht bestätigt Todesurteil

Oels, 30. April 1932.

Das Reichsgericht hat die Revision des Maschinenschlossers Paul Labus, der am 6. Februar dieses Jahres vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung seiner Geliebten zum Tode verurteilt worden war, verworfen. Das Urteil ist damit rechtskräftig bestätigt.

Prostituiertenmord bei Bitterfeld

Halle, 30. April 1932.

Am 29. April, gegen 10 Uhr vormittags, wurde in der Nähe des Kohlenbunkers der Grube „Leopold“ bei Bitterfeld, in einem trockenen Flutgraben die Leiche der Prostituierten Mia Hulda Müller aufgefunden. Fräulein Müller war erst vor etwa vier Wochen, von Leipzig kommend, in Bitterfeld zugezogen und hatte dort mit ihrem Freunde, dem Arbeiter Grzeskowiak, in einem Hotel Wohnung genommen. Heute morgen wurde sie nunmehr tot aufgefunden. Nach den bisherigen Feststellungen muß zwischen dem Mörder und seinem Opfer ein heftiger Kampf stattgefunden haben. Die Leiche ist von dem eigentlichen Tatort noch sieben Meter weit fortgeschleift worden. Der Tod ist wahrscheinlich durch Ersticken infolge Würgens am Halse eingetreten. Innere Verletzungen waren jedoch nicht festzustellen. Die genaue Todesursache kann erst durch Obduktion geklärt werden. Für die Ermittlung des Täters hat der Regierungspräsident in Merseburg eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

Unfall Leopold Jessners

Berlin, 30. April 1932.

Nach der Erstaufführung der von Prof. Leopold Jessner neuinszenierten „Räuber“ am Freitagabend im Schillertheater wurde Jessner vom Publikum immer wieder an die Rampe gerufen. Da die Beifallskundgebungen noch anhielten, als der eiserne Vorhang sich bereits senkte, trat Prof. Jessner noch einmal durch die Tür des eisernen Vorhanges an die Rampe. Beim Zurücktreten geriet Jessner mit dem rechten Fuß unter den Vorhang, der den Fuß infolge seines großen Gewichts festklemmte. Leopold Jessner erlitt eine erhebliche Quetschung des Fußes.

Räuber plündern Bahnhofskasse

Tschechisch-Teschen, 30. April 1932.

Freitag früh überfielen drei maskierte Räuber die Eisenbahngüterkasse des Bahnhofes Tschechisch-Teschen. Sie fuhren in einem gelben Auto zum Güterbahnhof und drangen in den Kassenraum ein. Hier betäubten sie den Bahnoberrevidenten Lamich mit Aether und versetzten ihm einige Dolchstiche in den Hinterkopf. Schließlich feuerte einer der Räuber noch zwei Revolverschüsse auf den Beamten ab. Sie raubten sodann die Güterkasse, in der sich etwa 1,5 Millionen Kronen (an 180 000 RM) befanden, die zur Gehaltszahlung für den 1. Mai bestimmt waren.

Schweres Straßenbahnunglück in der Tschechoslowakei

Prag, 30. April 1932.

In Mährisch-Ostau fuhren zwei Straßenbahnen infolge falscher Weichenstellung aufeinander. Der eine Wagen, in dem sich viele Schulkinder befanden, wurde fast gänzlich zertrümmeret. Zwei Polizisten und zwei Frauen wurden schwer verletzt, weitere 41 Personen, meist Schulkinder, trugen leichtere Verletzungen davon.

Ein Kampf gegen den Tod

New York, 30. April 1932.

In Eddyville im Staate Kentucky sollte ein Neger, der zusammen mit zwei anderen zum Tode durch den Elektrischen Stuhl verurteilt worden war, zur Hinrichtung abgeführt werden. Als die Wärter bei ihm erschienen, schleuderte er ihnen zunächst einen Eimer mit heißem Wasser ins Gesicht und leistete dann noch zwei Stunden lang verzweifelt Widerstand, wobei er sich eines Eisenrohrs bediente, das er von der Wasserleitung losgerissen hatte. Er konnte erst überwältigt werden, nachdem die Wärter von Tränengasbomben Gebrauch gemacht hatten.

Der 1. Mai von Rosa Luxemburg*

Gegen reformistische Illusionen — für den revolutionären Klassenkampf

Als zum erstenmal die Maidemonstration ihren Einzug hielt, war die Vorhut der Internationale, die deutsche Arbeiterschaft, gerade daran, die Ketten eines schmachvollen Ausnahmengesetzes zu rechen und die Bahn einer freien gesetzlichen Entwicklung zu betreten. Die Periode der langen Depression auf dem Weltmarkt, seit dem Krach der siebziger Jahre, war überwunden und die kapitalistische Wirtschaft trat just in eine Phase glänzender Aufschwüngen, der fast ein Jahrzehnt dauern sollte. Zugleich atmete die Welt nach zwanzig Jahren ununterbrochenen Friedens von den Erinnerungen der Kriegszeit auf, in der das moderne europäische Staatensystem seine blutige Taufe empfangen hatte. Die Bahn schien frei für eine ruhige Kulturentwicklung, Illusionen, Hoffnungen auf eine schiedlich-friedliche Auseinandersetzung zwischen der Arbeit und dem Kapital schossen in den Reihen des Sozialismus üppig in die Halme. Vorschläge, „dem guten Willen die offene Hand“ entgegenzuhalten, bezeichneten den Beginn der neunziger Jahre. Verheißungen auf ein unmerkliches „allmähliches Hineinwachsen“ in den Sozialismus bezeichneten ihr Ende. Krisen, Kriege, Revolutionen sollten überwundene Standpunkte, Kinderschuhe der modernen Gesellschaft gewesen sein, Parlamentarismus und Gewerkschaften, Demokratie im Staate und Demokratie in der Fabrik sollten die Pforten zu einer neuen, besseren Ordnung eröffnen.

Der Gang der Dinge hat unter allen diesen Illusionen fürchterliche Musterung gehalten. An Stelle der verheißenen sanften sozial-reformerischen Kulturentwicklung setzte seit Ende der neunziger Jahre eine Periode der gewalttätigsten, schärfsten Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze ein, ein Stürmen und Drängen, ein Krachen und Aufeinanderprallen, ein Wanken und Beben in den Grundfesten der Gesellschaft. Ueber die zehnjährige Periode wirtschaftlichen Aufschwüngen quüfferten in dem folgenden Jahrzehnt zwei erschütternde Weltkrisen. Auf zwei Jahrzehnte des Weltfriedens folgten in dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sechs blutige Kriege und im ersten des neuen vier blutige Revolutionen. Statt der Sozialreformen — Umsturzvorlagen, Zuchthausvorlagen und Zuchthauspraxis, statt der industriellen Demokratie — der gewaltige Zusammenschluß des Kapitals in Kartellen und Arbeitgeberverbänden und die internationale Praxis der Riesenausparungen. Und statt des neuen Aufschwüngen der Demokratie im Staate ein elender Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie. In Deutschland allein haben die Schicksale der bürgerlichen Parteien seit den neunziger Jahren gebracht: das Aufkommen und alsbaldige hoffnungslose Zerrinnen der Nationalsozialen, die Zersplitterung der freisinnigen Opposition und die Wiedervereinigung ihrer Splitter im Morast der Reaktion, endlich die Umwandlung des Zentrums aus einer radikalen Volkspartei in eine konservative Regierungspartei. Und ähnlich waren die Verschiebungen in der Parteientwicklung anderer kapitalistischer Länder. Ueberall sieht sich die revolutionäre Arbeiterschaft heute allein einer geschlossenen feindseligen Reaktion der herrschenden Klassen und ihren tückischen Streichen gegenüber, auf sich allein gestellt.

Das Zeichen, unter dem sich diese ganze Entwicklung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete vollzogen hat, die Formel, auf die sich ihre Ergebnisse zurückführen lassen, heißt: Imperialismus. Kein neues Element, keine unerwartete Wendung ist es in der allgemeinen historischen Bahn der kapitalistischen Gesellschaft. Rüstungen und Kriege, internationale Gegensätze und Kolonialpolitik begleiten die Kapitalgeschichte von ihrer Wiege an. Es ist die äußerste Steigerung dieser Elemente, ein Zusammenrücken, ein gigantisches Anstürmen dieser Gegensätze, was eine neue Epoche im Werdegang der heutigen Gesellschaft ergeben hat. In dialektischer Wechselwirkung, zugleich Folge und Ursache der gewaltigen Kapitalakkumulation und der mit ihr gegebenen Verschärfung und Zuspitzung des Gegensatzes im Innern zwischen dem Kapital und der Arbeit, auswärts zwischen den kapitalistischen Staaten, hat der Imperialismus die Schlupfphase, die gewalttätige Weltaufteilung durch das stürmende Kapital eröffnet. Eine Kette unaufhörlicher, unerbörter Rüstungen zu Lande und zu Wasser in allen kapitalistischen Staaten um die Wette, eine Kette blutiger Kriege, die von Afrika auf Europa übergegriffen haben und jeden Augenblick den zündenden Funken zu einem Weltbrand abgeben können, dazu seit Jahren das nicht mehr zu bannende Gespenst der

Teuerung, des Massenhungers in der ganzen kapitalistischen Welt, — das sind die Zeichen, unter denen der Weltfriede der Arbeit nach bald einem Vierteljahrhundert seinen Bestehen heraufzucht. Und jedes dieser Zeichen ist ein flammdendes Zeugnis für die lebendige Wahrheit und die Macht der Ideen der Arbeiter.

Der geniale Hauptgedanke des Manifests, das ist das eigene unmittelbare Auftreten der proletarischen Massen, das ist die politische Massenaktion der Millionen Arbeitenden.

In diesem Augenblicke des Rüstungswahnens und der Kriegssorgen ist es nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen,

ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu machtvollen Massenaktionen, was den Weltfrieden noch erhalten, drohenden Weltbrand noch hinauschieben kann. Und je mehr der Masochismus, der Gedanken der entschlossenen Massenaktionen als Kundgebung des internationalen Zusammenrückens und als Kampfmittel für den Frieden und für den Sozialismus auch in dem stärksten Trupp der Internationale, in der deutschen Arbeiterschaft, Wurzel schlagen wird, um so größere Gewähr haben wir, daß aus dem früher oder später unvermeidlichen Weltkrieg eine endgültige und begreifliche Auseinandersetzung zwischen der Welt der Arbeit und der des Kapitals sich ergeben wird.

Menetekel

So spricht die Macht:

Tut euch zusammen zur letzten Schlacht!

Es wankt und zittert die Herrschaft der

Drohnen,

es wollen die Armen nicht mehr fronen,

wir dürfen, uns zu retten, nicht schonen.

Tut euch zusammen — der Tag ist erwacht!

So spricht die Macht.

So spricht die Not:

Wir anerkennen kein Gebot!

Uns schreckt kein Kerker, uns schreckt kein Eisen,

wir haben nichts zu brocken, zu beißen,

wir können daher nur die Zähne weisen.

Und fürchten weder Gebot noch Tod!

So spricht die Not.

So spricht die Zeit:

Die Welt ringum nach Erlösung schreit.

Vorbei ist Flehen und Flennen und Bitte,

schon stampfen die Räder in zornigem

Tritte.

Die Erde beb't unterm Massenschritte.

Die Stürme brausen — ich bin bereit!

So spricht die Zeit.

Kla r.

Wozu die Religion da ist

Ein Genosse schreibt uns: Beim Durchblättern des Buches „Napoleon Imperator, Staats- und Weltweisheit“, erschienen in der „Deutschen Bibliothek“ in Berlin, finde ich auf Seite 142 folgende, von Napoleon stammende Sätze:

„Wie aber kann man Ordnung in einem Staate haben ohne Religion? Die Gesellschaft kann ohne Ungleichheit des Vermögens nicht bestehen, und die Ungleichheit des Vermögens kann nicht ohne Religion existieren. Wenn ein Mann an der Seite eines vor Ueberfluß Strotzenden Hungers stirbt, kann er unmöglich dem Unterschiede zustimmen, wenn ihm nicht eine höhere

Macht sagt: Gott will es so, es muß Arme und Reiche auf der Welt geben, aber später, in der Ewigkeit, wird eine andere Teilung gemacht.“

Und auf Seite 143:

„Und wenn die Regierung nicht Herr über die Geistlichen ist, hat sie alles von ihnen zu fürchten.“

Auf Seite 256 dieses Buches ist als Quelle für die obigen Sätze, die in einem Abschnitt „Kirche und Religion“ gebracht werden, genannt: „Oeuvres du Comte P. L. Roederer.“

Was für Napoleon galt, gilt selbstverständlich für die kapitalistische Klasse in allen Ländern. Nur sind die regierenden Machthaber in der Regel nicht so brutal offen wie Napoleon.

Der 1. Mai in Rußland

Der Weltkampftag der Arbeit, der 1. Mai, wurde zum ersten Male im Jahre 1890 gefeiert. Als der Kongreß der 1. Internationale im Jahre 1889 zu Paris den 1. Mai als den internationalen Kampftag für die Ziele der Arbeiterklasse festsetzte, da fand dieser Beschluß auch in den Reihen der russischen Arbeiterschaft einen starken Widerhall.

Der Zarismus verfolgte jede selbständige Regung der Arbeiterklasse, erlaubte ihr nicht, ihre politischen Organisationen legal auszubauen, ja, er verfolgte sogar jeden Zusammenschluß der Arbeiterschaft zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen. Sowohl die politischen wie auch die gewerkschaftlichen Organisationen waren unter dem Zarismus gezwungen, illegal zu arbeiten. Unter dem Drucke der Verfolgungen verstand es die russische Arbeiterschaft, entsprechende Organisationsformen zu finden, und in diesen ihren illegalen Organisationen schulten sich die besten Proletarier zum Kampfe gegen den Kapitalismus und die Despotie. In Bildungszirkeln, in kleinen Parteigruppen, auf gewerkschaftlichem Gebiete, in verschiedenen, immer wieder aufgelösten und verbotenen Unterstützungskassen kämpfte die russische Arbeiterklasse in den Reihen der internationalen Revolution. Der 1. Mai wurde auch in Rußland zum ersten Male im Jahre 1890 gefeiert. In den Archiven der Petersburger Polizei fand man eine kleine Proklamation, die zum 1. Mai 1890 herausgegeben wurde und in der gesagt ist, daß diese Proklamation von der „ersten regierungsförmlichen Arbeitervereinigung“ geschrieben und gedruckt unter sehr bedrückten Verhältnissen“ herauskomme.

Jahr für Jahr war im zaristischen Rußland, besonders in den Städten Petersburg, Moskau, Tiflis, Baku, Bjalostok, Warschau, Lodz, Riga, bereits im April eine Spannung und Unruhe spürbar, nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft, sondern auch der bürgerlichen Intelligenz. Massenverhaftungen, die damals als Vorsichtsmaßnahme üblich waren, setzten um diese Zeit ein, Hausdurchsuchungen mehrten sich, und es war nichts Außergewöhnliches, wenn plötzlich die gesamte Belegschaft einer Fabrik

durchsucht oder ganze Arbeiterviertel zerniert und Haussuchungen darin vorgenommen wurden. Die Aufgabe der Partei war es, sich unter diesen schwierigen Verhältnissen zum 1. Mai zu rüsten. Rechtzeitig wurden in illegalen Druckereien oder auf einfachen Verfertigungsapparaten Aufhänge hergestellt, die nachts, besonders in den Arbeitervierteln und in der Nähe der Fabriken geschickt angeschlagen wurden. Man schmuggelte sie in die Fabriken hinein, man legte sie auf die Arbeitsplätze der Arbeiter und versuchte, sie beim Kleiderwechsel in die Taschen der Kollegen hinein zu praktizieren. In den Lokalen, in denen die Arbeiterschaft verkehrte, schob man die Proklamationen in die ausgehängten Zeitungen. Eine unerhörte Summe von Arbeit und Erdnützung wurde angewandt, um den 1. Mai vorzubereiten. In der Nacht zum 1. Mai erschienen, über die Straßen gezogen, Transparente und oft rote Fahnen auf den Schornsteinen der Fabriken.

Bis zum Jahre 1905 wurde der 1. Mai in Rußland, wenn auch vor breiten Massen mit Sympathie begrüßt, doch nur von kleinen Gruppen der Arbeiterschaft gefeiert, die nicht selten ihren Mut mit Arbeitsverlust und Verbannung bezahlen mußten. Im Jahre 1905, im Jahre der ersten russischen Revolution, wurde der 1. Mai fast in allen Städten durch riesige Massen der Arbeiterschaft und durch den einmütig durchgeführten Generalstreik begangen. Die friedlich durchgeführten Demonstrationen, geschützt durch die bewaffneten Kampfparteien der Parteien, endeten an vielen Orten mit blutiger Niederknüppelung, und es gab unzählige Tote und Verwundete.

Die Jahre nach der Niederlage der Revolution von 1905 waren Jahre der schwärzesten Reaktion. Die russischen Gefängnisse, die sibirischen Verbannungsorte waren überfüllt. Viele mutige Kämpfer bezahlten den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse mit dem Tod am Galgen. Strafexpeditionen der Kosaken lehrten den russischen Bauer, der zum ersten Male bewußt mit der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Zarismus Schulten an Schulten gestanden hatte, wer sein Feind sei.

Das 5. Buch der Roten Bücher

ist in Vorbereitung und wird behandeln Die Gewerkschaftsfrage

Die Anlage des Werkes: Der Werdegang der Gewerkschaftsbewegung. Die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsformen. Gewerkschaften und politische Parteien. — Der Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften. — Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften. — Gewerkschaftliche Spezialfragen. Ausblick.

Die Autoren: August Enderle, Heinrich Schreiner, Jakob Walcher, Eduard Weckerle.

Die Mitglieder der Marxistischen Bücher-Gemeinde (Monatsbeitrag 1.— M., kein Eintrittsgeld) erhalten das Buch als Vierteljahrsband in Ganzleinen gebunden sofort nach Erscheinen. Neu eintretende Mitglieder können den Vierteljahrsbeitrag (3. M.) im voraus einzahlen und erhalten das Buch nachgeliefert. Die Werke der Marxistischen Bücher-Gemeinde sind auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Preis des Bandes in Ganzleinen geb. 4,75 M.

Programm und Anmeldeschleife durch die

Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

Postcheckkonto: Berlin Nr. 151 261.

Kleines Feuilleton

Künstler stellen aus

Am 30. April wird in Berlin im früheren Künstler-Haus eine Ausstellung des „Kollektivs Bildender Künstler“ eröffnet. Es handelt sich um eine Anzahl jüngerer Maler und Bildhauer, die sich zusammengeschlossen haben, um sich auf dieser Ausstellung erstmalig geschlossen vor dem Publikum zu präsentieren.

In Kassel wird vom „Landbund Bildender Künstler“ in den ersten Junitagen eine Ausstellung eröffnet, die das Thema „Das Dorf“ behandelt. Jeder in Deutschland wohnhafte Maler, Bildhauer und Graphiker kann sich an der Ausstellung beteiligen, jedoch ist Bedingung, daß der Künstler ständig auf dem Lande leben muß.

Das Rußland dieser Jahre war in Ketten geschlagen. Aber die Arbeiterklasse war unbesiegt. Die Arbeiterparteien, in die strengste Illegalität getrieben, begannen langsam den einmal geschlagenen Funken zu schüren. Im Jahre 1912 kam es zu einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung. An diesem 1. Mai erklang auf den Straßen vieler Städte wiederum das revolutionäre Kampflied der „Roten Fahne“.

Der Weltkrieg warf Millionen Arbeiter an die Front. Der 1. Mai wurde in den Jahren des Krieges in kleinen, illegalen Zirkeln gefeiert. Mit der Februarrevolution 1917 erhielt der Zarismus den Todesstoß. Der 1. Mai 1917 war ein gewaltiger Aufmarsch der Arbeiterschaft unter der Fahne der Revolution. Vom Februar bis Oktober sammelte sich die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zu neuem Kampfe unter der Führung der bolschewistischen Partei. Die Arbeiterklasse eroberte die Macht. Im Roten Oktober wurde der Arbeiterstaat, die Diktatur des Proletariats, errichtet. Die Bourgeoisie der ganzen Welt beantwortete diesen Sieg der Arbeiterklasse mit Krieg. Sowjetrußland wurde zu einer belagerten Festung. Nicht nur russische konterrevolutionäre Armeen, sondern auch die Truppen der imperialistischen Staaten Deutschland, Frankreich, England, Amerika, Italien, Japan, Griechenland führten den Kampf gegen den Arbeiter- und Bauernstaat. Im Bürgerkrieg bis zum Jahre 1921 feierte die russische Arbeiterklasse in Hunger und Elend, aber unbesiegt, den 1. Mai. An den Fronten des Bürgerkrieges, in den Fabriken, wo der hungrige russische Proletarier die Produktion aufrecht zu erhalten vermochte, wurde der 1. Mai im Zeichen der internationalen Solidarität gefeiert. Die russische Arbeiterklasse manifestierte an diesem Tag die unbeugsame Treue für die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Nach dem Sieg der Roten Armee, vor die neue Aufgabe des Aufbaus gestellt, begeht die Arbeiterklasse Rußlands Jahr für Jahr den 1. Mai als den großen Kampftag der Internationale, der Revolution, und manifestiert ihre unverbrüchliche Treue mit den für ihre Befreiung kämpfenden Proletariaten der Welt.

*) Diesen Artikel schrieb Rosa Luxemburg am 30. April 1913. Daß er heute ganz aktuell ist, zeigt, mit welchem genialen Blick Rosa die kapitalistische und imperialistische Entwicklung voraussah.

A 1 Frankfurt a. M.

Merkwürdige Entscheidung des Arbeitsamts. Die Reichsbahn verlangte von einer Anzahl Bahnunterhaltungsarbeiter, sie sollten einen Revers unterschreiben, wonach sie mit einer Versetzung nach auwärts einverstanden seien. Die Bahnarbeiter lehnten dies ab, da sie unter Tarif entlohnt werden sollten. Die Verweigerung der Unterschrift führte zur Entlassung der Bahnarbeiter. Das Arbeitsamt verhängte über die entlassenen Bahnarbeiter eine schwächliche Sperre, trotzdem keine Arbeitsverweigerung vorlag. Das Wohlfahrtsamt zahlt ebenfalls keine Unterstützung. Die arbeitsgerichtliche Entscheidung fällt in etwa 2-3 Monaten. Und wovon sollen die entlassenen Arbeiter in der Zwischenzeit leben? Von den Ersparnissen, die sie nicht haben? Oder sollen sie betteln gehen oder stehlen? Das ist dem Arbeitsamt alles gleichgültig.

Vor dem Schwurgericht. Vierundzwanzig Angeklagte, alles schwere Jungens mit langjährigen Vorstrafen, mußten im Prozeß Schöffler und Genossen vor den Schranken des Gerichts erscheinen. Unter ihnen der Metzgermeister Ohlenschläger, der aus dem Falschmünzerverfahren her bekannt ist. Man legt den „Jungens“ eine Reihe schwerer Diebstähle zur Last. In einem Tabakgeschäft in der Mainzer Landstraße stahl man für etwa 827 Mark Waren. Bei einem Diebstahl in der Hanauer Landstraße ergatterte die Bande 6 1/2 Milie Zigaretten. In einem Cafégeschäft in der Schafergasse hieß man Zigaretten und Schokolade mitgehen. Aus einem Stoffgeschäft in der Schmutzgasse stahl man 20 Coupons Stoff usw. Die Verhandlung wurde vertagt.

Die Briefmarkenautomaten wurden in der letzten Zeit des öfteren von unbefugter Seite entleert. Wie festgestellt wurde, sind die Täter drei Jugendliche. Sie sind bereits festgenommen.

Mainz

Aus der Parteiorganisation. Der Saal des Lokals „Zum Täubchen“ war fast zu klein, um die Zahl der erschienenen Parteigenossen zu erfassen. Auch mit der Partei sympathisierende Genossen waren zahlreich vertreten. Auf der Tagesordnung stand die Stellungnahme zu den letzten Wahlkämpfen und die politische Lage. Der Referent, Genosse Portune, Frankfurt, war allerdings nicht erschienen. An seiner Stelle referierte Genosse Ohlhof. Der Redner sowohl als auch die folgenden Diskussionsredner, bedauerten, daß das Wahlergebnis für die Partei nicht günstiger ausgefallen sei. Sie verkanteten aber nicht die Schwirrigkeiten, die unserer Partei entgegengetreten sind. Immerhin habe der Verlauf des Wahlkampfes gezeigt, daß viel Mißtrauen, das von SPD und KPD gegen uns gesät worden war, hinweggeräumt werden konnte. Der Wahlkampf habe zweifellos viel zur Verbreitung unserer Ideen beigetragen. Vom Genossen Bell wurde ein umfassender Bericht über die letzte Stadtratsitzung gegeben. Gegen die einseitige Berichterstattung der „Volkszeitung“ und ihre entstellte wiedergegebenen Berichte soll künftig mittels Herausgabe von Flugblättern angekämpft werden. Zur Frage der Feier des 1. Mai beschloß die Parteiorganisation, die SPD und KPD im Sinne des Aufrufes des Parteivorstandes aufzufordern, die gemeinsame Arbeiterfront durch Durchführung eines gemeinsamen antifaschistischen Maizuges herzustellen.

SPD-Vorstand unterschlägt Aufforderung zur gemeinsamen Maidemonstration. Am Donnerstagabend, zur gleichen Zeit, als unsere Mainzer Parteiorganisation zu einer Mitgliederversammlung im „Täubchen“ zusammengetreten war, tagte im „Goldenen Pflug“ auch die SPD. Unsere Versammlung beschloß einen Aufruf an die SPD und KPD, die Maidemonstration im Interesse der Herstellung der Einheitsfront des Proletariats gemeinsam unter Führung der Gewerkschaften durchzuführen. Dieser Aufruf wurde noch am selben Abend der SPD in ihre Mitgliederversammlung zugestellt und dort auch dem SPD-Vorstand überreicht. Wie ernst es aber die neuen SPD-Größen um die Herstellung der Arbeiterfront meinen, bewiesen sie damit, daß sie den Brief nebst Aufruf glatt unterschlugen. Nicht mit einem Wort gaben die Herren Vorstandsgenossen ihrer Versammlung von dem Eingang des Schreibens Kenntnis, obwohl darin gebeten wurde, die Mitgliedschaft zu unserem Aufruf Stellung nehmen zu lassen. Das nennt man im Lager der SPD Bereitschaft für die Arbeiterfront.

Hamburg

Bürgerschaftssitzung. Dringende Staatsgeschäfte ließen es dem Senat und dem Vorstand der Hamburger Bürgerschaft angeraten sein, die alte Bürgerschaft noch einmal zusammenzutreten zu lassen, während die neue Bürgerschaft zum ersten Male sich am 11. Mai 1932 stattfinden soll. Aus ein paar Anfragen ging eindeutig hervor, daß der Polizeileitung sehr viel daran gelegen war, die Oppositionsparteien mit dem staatlichen Machtapparat an der vollen Freiheit im Wahlkampf zu hindern. Besonders sei in diesem Zusammenhang auf das skandalöse Verhalten im Falle der kommunistischen Propaganda im Hause Kohlhöfen 11 hingewiesen. Hier hat die Polizei die Transparente entfernt und eine übelde Musikkapelle sisiert. Auf die Anfrage wurde geantwortet, daß die Stille- rung zwecks Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung notwendig gewesen sei und die Entfernung der Transparente deshalb geschah, weil deren Befestigung derart notdürftig gewesen sei, daß Gefahr für das Publikum bestanden hätte. Entweder war diese Antwort Hohn, oder es fehlt jeder parlamentarische Ausdruck für solch ein Verhalten. In rascher Folge wurden dann ein paar Anträge des Senats, betreffend den Verkauf von

Wahlkampf im Kasseler Bezirk

Kassel ist für die sozialistische Bewegung immer ein schwerer Boden gewesen. Als die USPD schon Millionen von Wählern hatte, konnte sich die Kasseler Ortsgruppe immer noch um einen Kaffeetisch versammeln.

Zu Beginn des Wahlkampfes war sich die Junge Kasseler Gruppe klar darüber, daß sie nunmehr alles daranzusetzen habe, um bei dieser Gelegenheit zumindestens einmal den Namen der SAP bis ins letzte Dorf unseres Stadt- und Landkreises vorzutragen. Weiter vorstoßen konnten wir nicht, dazu fehlten Mittel und Zeit. Schon um Stadt und Kreis zu bearbeiten, mußten von den größtenteils arbeitslosen Genossen unerhörte materielle Opfer gebracht werden.

In der Stadt Kassel wurden zwei größere öffentliche Versammlungen abgehalten, die gut besucht waren. Im Landkreis waren es etwa 40. In Kassel und der näheren und weiteren Umgebung (bis zu sechzig Kilometer im Umkreis) wurden hunderttausend Flugblätter verteilt.

Dem, der etwas von Versammlungsvorbereitung versteht, braucht man nicht zu sagen, was für eine unendliche Mühe hinter diesen einfachen Zahlen steckt! Nur in einem einzigen Orte hatten wir einen Vertrauensmann (was sich dann auch mit 50 Stimmen für die SAP auswirkte), sonst mußte alles von Kassel aus erledigt werden, und Tag und Nacht waren unsere Genossen zu Fuß, per Rad, und per Motorrad unterwegs, um Versammlungen anzumelden, Säle festzumachen, Einladungen auszulegen, Plakate anzukleben, — um am nächsten Tage vielleicht zu erfahren, daß der Wirt „leider“ den Saal nicht geben könne, oder daß der Orts-Ordnungsrat die Versammlung wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ nicht genehmigen könne.

Tatsächlich haben uns sozialdemokratische Bonzobürgermeister an drei Stellen die Versammlungen verboten. Mal war's wegen des auswärtigen Versammlungsleiters, mal wegen des Versammlungsanmeldenden, mal wegen der gefährdeten öffentlichen Ruhe und Ordnung. Immer waren langwierige Verhandlungen mit dem zuständigen Landrat (bis zum Regierungspräsidenten!) notwendig, um die Versammlung gegen die sozialistischen Verteidiger der Demokratie doch zu erzwingen. Anderswo wurde uns die Verteilung der Flug-

blätter verboten wegen „Verunzierung des Stadtbildes!“ In Nieoto war es nicht möglich, einen Raum für unsere Versammlung zu erlangen, — dort ist der Landtagsabgeordnete Kraft Bürgermeister! Was das bedeutet, wird einem vielleicht klar, wenn man im Kasseler Volkblatt mit Bezug auf eine SAP-Versammlung in Crumbach lesen kann: „Dem Vereinswirt raten wir aber, sein Haus rein (:) zu halten von Leuten, welche ihn sonst nicht kennen und nur auf diese Art und Weise im Trüben fischen wollen.“ Das ist wohl deutlich genug! — An vielen Orten wurden gerechteste Beobachtungsposten aufgestellt, die die Leute von uns weghalten mußten, woran sich sogar SPD-Bürgermeister und Bezirksparteisekretäre beteiligten! Von ähnlichen Erfahrungen werden ja wohl die Genossen aller Bezirke berichten können.

Was war der Erfolg? Wir haben hier keine grundsätzlichen Erörterungen anzustellen; auch bei uns hat die Gesamtarbeitererschaft eine furchtbare Niederlage erlitten. Immerhin sind wir als SAP so ziemlich in alle Dörfer vorgedrungen. Freilich muß man die Zahlen zusammenheften, wenn man an so manche Versammlung denkt: die Vorbereitung, die abendliche Fahrt bei Regen und Schnee in den Halbtagswald, gut besuchte Versammlungen, endlose Diskussion, wiederum stundenlang zurück, um dann verdrückt und kaputt ein paar Stunden zu schlafen und an die Vorbereitungsarbeit der nächsten Versammlungen zu gehen, — und dann das Ergebnis: 4 Stimmen! ... Aber das muß nun mal geschäftet werden, und wir werden im gleichen Tempo weiter arbeiten. Die Stadt Kassel hat über 500 und der Bezirk über 2000 Stimmen herausgeholt. Planmäßig werden wir jetzt in die einzelnen Ortschaften gehen, wo wir größere Ziffern von Wählerstimmen feststellen konnten, um aus Wählern Mitglieder zu machen. Die Organisationsleitung hat bisher so über alles erwartet gekloppt, daß wir trotz allem der Zukunft mit entschlossener Zuversicht entgegengehen. Das Wertvollste, was uns der Wahlkampf eingetragen hat, ist die Tatsache, daß wir im Anfang eine Gruppe unzufriedener ehemaliger SPDisten und KPDisten waren, und daß uns nun dieses erbitterte Ringen zu einem Kreis altvertrauter Kameraden und Kampfgenossen gemacht hat.

Magdeburg

Bezirkskonferenz. Am 6. Mai (Himmelfahrtstag) findet in Magdeburg im Lokal „Thalia-Gaststätten“, Bu Kau, Dorotheenstr. 14, eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Politische Referat, verbunden mit dem Bericht vom Bezirksparteitag (Referent: Stenzen, Heyen, Naurath); 2. Organisationsfragen unter Berücksichtigung der Wahlarbeiten; 3. Gesamtwahl; zum ordentlichen Bezirksvorstand; 4. Verschiedenes. Jeder Ortsgruppe ist ein Rundschreiben zugegangen. Wir bitten, die darin gegebenen Anweisungen zu beachten und für ordentliche Erledigung zu sorgen. Genosse Stenzen vom Hauptvorstand und Genosse Heyen-Halle sind anwesend. Genossen, im Hinblick auf die Organisation des Bezirks ist und wird dieser Bezirkstag ebenfalls große Bedeutung erhalten. Entsendet alle Delegierte!

Der Bezirksvorstand.

Kelbra

Mainfeler. Die Mainfeler wird in diesem Jahre vom Einheitskomitee veranstaltet. Es sprechen die Genossen Schröder (KPD) und Rößler (SAP). Antreten zur Demonstration um 13 Uhr an der Sängerkirche. Wir fordern alle Mitglieder und Freunde der SAP auf, sich an dieser Mainfeler, vor allem an der Demonstration, vollzählig zu beteiligen.

Saalfeld

Saalfelder Wahlunruhen. Es erhielten 14 Angeklagte insgesamt 4 Monate Gefängnis. Die Berufung hatte nur bei zwei Angeklagten Erfolg, bei einem stellte sich in der Verhandlung heraus, daß hier eine Personenverwechslung vorgelegen hatte. Der andere war wegen Amtsanmaßung bestraft, da er einem Nazi, welcher aus einem Waffengeschäft heraukam, die Taschen befühlt hatte, in diesem Falle nahm das Gericht an, daß es dem Angeklagten nicht bewußt war, daß er sich einer Amtsanmaßung schuldig gemacht habe. 11 Angeklagte erhielten wegen Landfriedensbruchs je drei Monate Gefängnis, ein Angeklagter außerdem wegen Beschimpfung von Nazis nochmals drei Monate, zusammengezogen vier Monate. Drei Angeklagte erhielten wegen unbefugten Waffenbesitzes je drei Monate Gefängnis. Das Gericht stellte sich bei Begründung des Urteils auf den Standpunkt, daß Landfriedensbruch erwiesen sei. Diese Annahme ergebe sich aus dem Gesamtbild der Vorgänge am 12. März. Der kommunistische Demonstrationzug habe ungehindert die Straßen passieren können, während beim Passieren der Nazis auf dem Marktplatz ein Jöhlen und Pfeifen von seiten der Kommunisten begonnen habe, aus welchem hervorgehe, daß die Störungen und Schlägerei beabsichtigt gewesen seien. Der Höhepunkt der Erregung und Stimmung sei am Meininger Hof eingetreten, als die Menge die Polizeikette durchbrochen und einen Angriff auf den Zug der Nazis unternommen habe. Wer sich in einer solchen Menge befinde, ganz gleich, ob er Gewalttätigkeiten begangen habe oder nicht, mache sich der Zusammenrottung und damit des Landfriedensbruchs schuldig. Es genügt auch, daß mehrere Angeklagte in einem Teilabschnitt der Begebenheiten, also an einem anderen Ort, sich befunden habe. Betreffs der drei Angeklagten, bei denen Taschenmesser, Koppel und Feile gefunden wurden, liege strafbarer Waffenbesitz im Sinne des Gesetzes vor, weil diese Dinge kurz nach den Vorkommnissen, wenn auch örtlich getrennt, bei Anhängern jener Partei gefunden wurden, welche die Zusammenstöße herbeigeführt habe. Diese Urteilsbegründung zeigt, daß das Landgericht diese unmöglichen Urteile revidieren muß. Die wegen Waffenbesitz Verurteilten befanden sich einige Stunden nach dem Zusammenstoß mit den Nazis in einem Lokal außerhalb Saalfelds, wo jeden Sonnabend für die kommunistische Jugend Vorlesungen abgehalten werden. Es erschien die Landespolizei und verhaftete sämtliche Teilnehmer an dieser Vorlesung. Bei der Durchsuchung fand man angeblich die Waffen. Der Angeklagte mit dem Spazierstock gab an, daß er des Abends Zeitungen außerhalb Saalfelds austrage. Auf den Dörfern gebe es Hunde, aus diesem Grunde habe er den Spazierstock bei sich gehabt. Bei dem Angeklagten mit dem Taschenmesser handelte es sich um ein gewöhnliches Taschenmesser, das er für 50 Pfg. gekauft habe. Betreffs der Feile gab der dritte Angeklagte an, er habe eine Säge geschärft und vergessen, die Feile aus der Manteltasche zu nehmen. Der Amtsgerichtsrat, welcher dieses Urteil gefällt hat, läuft täglich mit dem Spazierstock über den Marktplatz, auch an dem Tage, an dem der Zusammenstoß stattfand. Würde man sich erlauben, einmal eine Taschenvisitation vorzunehmen, so fände man wahrscheinlich auch ein Taschenmesser und wahrscheinlich sogar eine Nagelfeile. Es ist auch gar nicht erwiesen, daß die Kommunisten die Nazis angegriffen haben, vielmehr hat es den Anschein, daß die Nazis die Angreifer waren, wie aus einigen Zeugnisaussagen hervorgeht, die Kommunisten müßten auch wirklich dumm sein, hätten sie an so einer ungeeigneten Stelle einen Ueberfall geplant. Es steht fest, daß neben und hinter dem Zug der Nazis viele Menschen gingen. Als der Zug in der schmalen Oberenlangengasse war, wurde plötzlich „SA kehrt!“ kommandiert. Die Nazis schlugen auf die Passanten ein. Das beweist ja der Sachverhalt der niedergestochenen Angeklagten Krö. und Th., aber von allen diesen Argumenten braucht ja ein Richter keine Notiz zu nehmen. Man hat den Eindruck, daß die Urteile unter dem Eindruck der Preußenwahlen gefällt sind.

Bürgerkriegsübungen in Halle

50 Verhaftungen

Die Kleinwohnungsbau Halle AG. führt in den letzten Wochen gegen alle Mieter, die mit ihren Mietzahlungen in Rückstand gekommen sind, rücksichtslose Zwangsrumrücken durch. Dabei kam es wiederholt zu Zwischenfällen mit der Polizei und den Mietern, die in großen Massen aufmarschierten und so fast durchweg die Exmittierungen verhinderten.

Bei der Räumung der Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten Wabbel kam es am Donnerstagmorgen zu erheblichen Ausschreitungen.

Beim Eintreffen des Nazi-Fuhrunternehmers Thiemer, der mit dem Transport der Möbel beauftragt war, wurde dessen Gespann durch einen wahren Hagel von Stein- und Kohlenstücken empfangen. Sein Sohn, einen Hakenkreuzbürschen, gab einige Schüsse ab. Der Arbeiter bemächtigte sich eine ungeheure Erregung.

Zur Verteidigung des schießwütigen Nazis ging die Polizei gegen die Arbeiter los und gab fortgesetzt Schreckschüsse ab.

Bei dieser wilden Knallerei wollte die Polizei beobachtet haben, daß aus den Fenstern geschossen worden sei. Zur Verstärkung rückte die Polizei mit ganzen Lastzügen mit Karabinern bewaffneten Polizeimannschaften heran. Trotz der sofortigen Durchsuchung der Häuser, in denen man die Fensterschützen vermutete, fand man keine Waffen.

In ihrer grenzenlosen Angst gab die Polizei auf jedes offenstehende Fenster und auch dort, wo sich ein Kopf hinter der Fensterscheibe sehen ließ, Schreckschüsse ab.

Berittene Polizei sprengte blindlings in die Menschenansammlungen und trieb diese mit Gummiknütteln auseinander.

Die Ausschreitungen hielten bis zum Abend an.

Von der Polizei wurden annähernd 50 Verhaftungen vorgenommen.

Die Wohnung Wabbels wurde schließlich von dem Mieter freiwillig geräumt.

Staatsgrundstücken, mit der Mehrheit von den Nazis bis zur SPD genehmigt. Nur der Funkt 16 d. T.O. brachte eine Diskussion und eine Ueberraschung. Es handelte sich hier um den Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932. Wiederholt hat der Senat um eine Ermächtigung gebeten, weiterhin ohne Vorlage eines Etats, der im April fällig gewesen wäre, Ausgaben machen zu dürfen. Nunmehr hat er, die Ermächtigung, die die Bürgerschaft bis zum 1. Mai 1932 befristet hatte, auf 2 Monate zu verlängern. Alle Parteien schickten Redner vor. Die Kommunisten umrissen klar und deutlich, daß sie einem kapitalistischen Staat und Senat nicht die Blankovollmacht für die Staatsgelder geben könnten. Während zwischen diesen Geldern die unbedingt wichtigen Ausgaben für die Wohlfahrtsverbandslosen, Beamten, Angestellten und Arbeitern seien, seien gleichzeitig darin die Mittel für die Klassenjustiz und die Staatsmacht, die die Aufgabe hätten, mit brutalen Mitteln das Proletariat an der Erklüpfung seines Lebensniveaus zu hindern. Pödeln von der SPD hielt eine große Rede von staatspolitischer Gewissenhaftigkeit und Verantwortung. Für ihn entschieden nicht die Bedenken der Wohlfahrtsrentner, sondern das Wohl des Staates, der sonst am 1. Mai seine Zahlungen einstellen müßte. Der Staat mußte vor dieser Blamage gerettet werden und deshalb mußte man dem Senat die Blankovollmacht erteilen. Unnützlich zu sagen, daß alle bürgerlichen Parteien in dies Hohelied des Staates einfielen. Während die SPD und der bürgerliche Mischmasch für die Senatsvorlage stimmten, stimmten nur KPD und die Deutschenationalen dagegen, die Nazis enthielten sich

der Stimme. Diese setzen oben alles daran, sich staatszerhaltend zu zeigen, damit sie bald ihre Koalitionspartner bei den bürgerlichen Parteien finden.

Demmin

Der Graf von Carlrow dünkt sich schon im „Dritten Reich“. Er hat für seine Besitzungen allen Freiarbeitern die bisherige Entlohnung zum 1. Mai gekündigt. Die Arbeiter erhielten bisher 20 Pfg. Stundenlohn und 80 Pfg. Verpflegungszulage, 1 Liter Milch und 6 Pfund Korn täglich, neben einem halben Morgen Kartoffelland nach der Ernte. Nun sollen sie nur noch als Wanderarbeiter gelten und die folgende Entlohnung erhalten: 25 Pfg. Stundenlohn, 1 Liter Milch und einen halben Morgen Kartoffelland, und dafür sollen sie täglich 12 bis 13 Stunden ohne Laufzeit schuften. So etwas nehmen sich die Ritter des „Dritten Reiches“ schon einige Tage nach den Landtagswahlen heraus. Hier müssen alle Kräfte zusammenwirken, damit diesem Grafen von Carlrow zum Bewußtsein gebracht wird, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft eine solche Ausbeutung nicht duldet. Landarbeiter im Kreise Demmin, sorgt dafür, daß eure Gewerkschaft sich zur Klassenkampforganisation entwickelt, und kämpft mit der revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei gemeinsam, damit diesen Herrschaften bewußt wird, daß es noch eine kampfbereite Arbeiterschaft gibt! Der Landarbeiterverband hat die Pflicht, sofort einzugreifen, damit sich derartige Methoden nicht erst breitmachen können.

Leser werbt für die SAZ

Sportschau der SAZ

Da anlässlich des Festens am 1. Mai Sportspiele nicht stattfinden dürfen, haben die Vereine eine Reihe von Freundschaftsspielen abgeschlossen. Es spielen:

- 1. Bezirk:**
- 1. Mannschaften: Buch 1, Vorwärts Wedding II, Werksee Bfz 08 (Rissa), Hoppegarten BSV, H. Banzhin, H. B. Herzfelde, Normanna (Mertin), L. Stunde, Kohlenheide (ASV), Friedersdorf, Katel (Potsdam), Dr. Wastern, hansen Lichting, H. (Bfz), L. H. Storkow, Wacker II (Bezirk), ASV Neuk., Lichting I (Mosa), BSV III.
 - 2. Mannschaften: Wertheim, Hitz 08 (Rissa), Hoppegarten BSV, H. (Potsdam), Herzfelde, Normanna (Mertin), L. Stunde, Kohlenheide (ASV), Alt-Schönholz, Lichting II (Friedersdorf), Storkow, Wacker II (Bezirk), ASV Neuk., Lichting I (BSV), H.
- 3. Bezirk:**
- 1. Klasse: Abt. Berlin, Werder, Elster (Vallin), Süd 15.90, Spandau 25, Staaken (Stöden), Hakenfelde, Butsch 12.30, Potsdam, Hutab (Nowawes), Nowawes, Eintracht (Staaken), Abt. Havel, Köpenicker, Süd (Siegel), Bröglitz, Ketzin, Brandenburger, H. (Kl.), D. D., Schöneberg, Fohde (Süd), Greifswald (Peter), Bröglitz 16.00.

Abt. Elber, Wittstock, Pritzwalk (Stauch, Neuruppin), Kyritz, Perleberg (Hünze, Javelberg), Neuruppin, Wittenberge (Kyritz), 2. Klasse: Abt. A Berlin, Spandau 25-Staaken (Eintracht) 16.00, Potsdam, Butsch (Caput), Nowawes, Eintracht (Potsdam), Abt. B Berlin, Ketzin II - Abt. Havel, Köpenicker, Süd (Althensdorf), Ketzin-Brandenburger (auslösen) 14.00, Greifswald (Greifswald) 15.00, Abt. Elber, Wittstock, Pritzwalk (Stauch, Neuruppin), Kyritz, Perleberg (Hünze, Javelberg), Neuruppin, Wittenberge (Kyritz).

Organisationsnachrichten

SAP:

SAP Hamburg, Distrikt St. Georg N und S: Mitgliederversammlung Dienstag, 1. Mai, im Volkshaus, Sachsenstraße 1-5/10, 19 Uhr. „Die Wahlen und unsere weitere Arbeit“.

Bezirksverband Berlin: Sitzung des Landes-Bezirks-Vorstandes Freitag, 6. Mai, 19.00 Uhr, im „Scholarat“, Magerstraße 12a.

Ortsgruppe Mitte: Montag, 7. Mai, 19.00 Uhr, Funktionärssitzung mit Gruppenführer bei Lehmann, Babelsberg 7.

Ortsgruppe Wedding: Biblionskursus Paul, Frohlich, Dienstag, 1. Mai, 19.00 Uhr, bei Klinge, Selterstr. 14. Gäste willkommen.

Ortsgruppe Kreuzberg: Dienstag, 1. Mai, 20 Uhr, Funktionärssitzung bei Loch, Schönemannstraße 6.

Ortsgruppe Charlottenburg: Montag, 20. 5., 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Parschel, Kaiser-Friedrich-Straße 92. Thema: „Preußenschluss und was nun“.

Ortsgruppe Zehlendorf: Beteiligung aller Genossen an der Gewerkschaftsdemonstration „Nachmittags alles bei Kleins“.

Ortsgruppe Schöneberg: Abt. Friedenau, Mittwoch, 4. 5., Abteilungsversammlung bei Lehmann, Friedenau, Bernstraße 5.

Ortsgruppe Tempelhof: Dienstag, 3. 5., 20 Uhr, Vorstandssitzung bei Vogt, Niederchorschow, Hirschkampfsstraße 19, Mittwoch, 4. 5., 20 Uhr, Mitgliederversammlung Lokal „Schillerblock“, Oberschönwerder, Schillerpromenade.

Ortsgruppe Reinickendorf: Montag, 2. 5., 19 Uhr, Funktionärssitzung bei Krenitz, Reinickendorf-Ost, Graf-Rubens-Allee. Dienstag, 3. 5., Mitgliederversammlung im „Bürgergarten“, Reinickendorf-Ost, Hauptstr. Bezirksleiter laden ein.

Ortsgruppe Neukölln: Mittwoch, 4. Mai, 19.00 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Bergsch-Bühnen“, Kegelgartenstraße 7a.

SJV: Montag, 2. Mai, 19.30 Uhr

Grünau-Falkenberg: Sportbund Köpenick „Roter Aufbau“ Mitgliederversammlung, Mitte-Nord, 1. Mai.

Mitte-Süd: Tagespolitik:

Moabit: Mitgliederversammlung, Lichtenberg, Buerger, Abend (revolutionäre Literatur)

Mitteilungen der BL:

1. Mai: Geschlossener Besuch in der Lustgarten-Demonstration des freien Gewerkschaften. Ausblick bei den Alt- und U-B-Ländern im Lustgarten Verkauf des „Jugendrot“ und sonstiger Zeitungen. Neuartige geschlossene Beteiligung ab 15.30 Uhr, bei Kleins, Havelheide.

EBL- und Referentenschule: Montag, 2. Mai, 19.30 Uhr, im neuen Heim, Miesowstraße 12a (über dem Postkeller). Thema: „Jugendrot und Arbeiterschaft“.

Zelaku: Pfingsten Zeltlager von Berlin und Brandenburg in Hangelberg bei Forstens. Alle SA-Genossen müssen sich rechtzeitig daran beteiligen. Letzte Anmeldung Freitag, 6. Mai, Einlesen nach 14 Uhr und zum Mittagessen u. Kaffee 1.50 RM. Ruff bei 2.00 RM. Die Gruppenleiter müssen selbst die Anzahl der Teilnehmer dem Sekretariat melden. 1 RM pro Teilnehmer ist mit der Anmeldung als Anzahlung anzuführen.

Erwerbslosentstellte Prenzlauer Berg: Montag, 2. 5., 17.15 Uhr bei R. Buchwald, Metzger Straße 21.

Alle ehemaligen Kinderfreunde, Helfer und sonstigen interessierten Genossen: treffen sich am Sonntag, 1. Mai, 16 Uhr, bei Kleins. Wir spielen mit den Kindern unserer Genossen.

Staatstheater

Oper U. d. Linden
Sonntag, 1. Mai
19.15 - gegen 22.15 Uhr
Die Hochzeit des Figaro
Montag, 2. Mai
20 - gegen 22.15 Uhr
Eine Nacht in Venedig

Schauspielhaus

Gendarmenmarkt
Sonntag, 1. Mai
Montag, 2. Mai
20 - 22.30 Uhr
Die endlose Straße

Schillertheater

Hardenbergstr. 13
Sonntag, 1. Mai
Montag, 2. Mai
20 - gegen 23 Uhr
Cyrano von Bergerac

Volkstheater

7. und 8. Holzowpt.
1. 1. Sonntag 19.00
Sonntag, 1. Mai
8 Uhr
Kamrad Kasper
Montag, 2. Mai
8 Uhr
Zum 1. Male
Sturm im Wasserglas

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132
Freitag - Welthe 14.7
Sonntag, 1. Mai
3 u. 6 Uhr
Die Frau, die jeder sucht
9 Uhr
(Das Extrem-potale)
Montag, 2. Mai
8.15
Die Frau, die jeder sucht

Münz-Theater

Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Lilian Harvey in
2 Herzen und 1 Schlag
Theater des Weddings
Müller, Ecke Selterstraße
Hans Albers, Katha v. Nagy in
Der Sieger
dazu:
Aufforderung zum Tanz
mit Eugen Rex

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Felix Bressart in:
Holzapfel weiß alles
dazu:
Ehe auf Probe

PRATER Lichtspiele

Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
nur 4 Tage, bis 2. Mai
Sergeant X
der erste Ivan Mosjukin-Tonfilm
mit Trude v. Molo und Peter Voss
dazu:
Sensation in der Wüste
Kampf mit den Rittkavaliern, ein Film voller Hochspannung außerdem:
Jeder fragt nach Erika
musikalisches Lustspiel mit Lya Mara, R. A. Roberts, P. Westermann, E. Verebes
Einlaß 1/2 5 Uhr
Erwerbslose 50 Pf.
Mittags von 11-12 Uhr:
Panzerkreuzer Potemkin
Eintritt 50 Pf.
Sonntag 2.30 Uhr: Gr. Jugendvorstellung
Eintritt 20 Pf.

Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142
Der Frauendiplomat
und
Niemandsland

Werbt Abonnenten

Les den Klassenkampf

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Das große Doppelprogramm
Jenny Jugo in
5 von der Jazzband
dazu:
Siegfried Arno, R. A. Roberts in
Der schönste Mann im Staate
Sonntag 3 Uhr, große Jugendvorstellung

Inserieren bringt Gewinn!

MILIA
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Bis Donnerstag, den 5. Mai
Willy Forst als
Peter Voss, der Millionendieb
dazu auf der Bühne das große lustige Ausstattungssingspiel
Geisha-Abenteuer
unter Mitwirkung bekanntester Künstler Berliner Bühnen und das große Militärorchester
Himmelfahrt: 3.15 Uhr

Achtung Genossen! Sensationsangebot!

Radio-Grammophon-Musiktruhe mit Laufwerk oder Motor, 3-Röhren-Vollnetz-Fernempfänger sowie eingebauten dynamischen Lautsprecher in Eiche
Preis nur RM. 135.-
3-Röhren-Vollnetzempfänger von RM. 17.50 an, Geräte und Teile zum Selbstbau 20-30% unter Listpreis. Ein Fernempfänger Apparat anfertigen. Veraltete Apparate werden technisch zu außerordentlich günstigen Preisen modernisiert. Technische Beratung und Postmontage folgen unentgeltlich.
Nur Markenfabrikate
Auch der wertvollste Weg lohnt sich am Sonntag, 1. Mai, 16 Uhr, bei Kleins. Wir spielen mit den Kindern unserer Genossen.

Emil Werner, Elektroingenieur

BERLIN W 57
Blumenthalstraße 16, I Tr.

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Plauen
Wo treffen wir uns am 1. Mai
im **Stettiner-Hof**
Herderstrasse 2
Wolfgang Kroner u. Frau

Reichenbach-Vgl.

Wollen Sie Ihr Heim, Ihren Garten verschönern? Wir bieten Ihnen besonders billige Korbmöbel:
Sessel, gepolstert und ungepolstert
12.-, 8.-, 6.80, 5.90, 4.80 RM.
Tische, mit Zwischenbrett oder Steg 6.30 RM.
Truhen, gepolstert . . . 8.-, 6.75 ..
Liegestühle in allen Preislagen
Eiserne und hölzerne Gartenmöbel
in bequemen Formen
Besichtigen Sie bitte unseren Vorrat in unserer Spezialverteilungsstelle für Möbel und Hausstandsartikel in
Reichenbach, Bahnhofstr. 23a
Auf alle Waren 5% Rückvergütung. Warenabgabe nur an Mitglieder
Bezirkskonsumverein
Reichenbach - Netzschkau und Umgegend

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Vorhaus am Potsdamer Platz 8' Kurt. 2334.
ab Freitag, den 20. April
Die größte Film-Entscheidung aller Zeiten:
Ben Hur
(unfassend)
Hauptrolle: Ramon Navarro
Außerdem:
Das große tödende Helmprogramm
Ufa-Lonwochenschau
Lage ab 9 Uhr vorm.
Sonntag ab 3 Uhr nachm. bis 11 Uhr nachts.
Finanz. Tag- u. Nachtkino Berlin

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENSTR. 74/80
Verpflegung Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Reunion Cigarette
Fürst Pückler
1a Qualität rein, mild, nur 5 Pfg.
mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern

Oberlausitz
Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Speisequark
kauft man direkt oder in den
Verkaufsstellen der Meierei
Herrnhut I. Sa.
Größte Auswahl in
Fahrräder u. Nähmaschinen
zu niedrigsten Preisen bei
Friedrich Güttler
Neusalza-Spremberg

IHR VORTEIL
ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine
LEBENSVERSICHERUNG
abschließen. Niedrige Prämienätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die
VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.
Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, a.d. Alster 57-61

Kauft Gutscheine für den Pressefonds
Düsseldorf
Aufstieg
aus wirtschaftlicher Not!
VERBILLIGUNG der gesamten LEBENSHALTUNG!
Drei Millionen Konsumenten haben sich schon in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung verbündet und besitzen 56 eigene Erzeugungsstätten.
Gebrauchsgüter werden also unter **AUSSCHLUSS jedes ZWISCHENHANDELS** selbst hergestellt.
In hoher Qualität unter der Eigenmarke **GEG** zu haben in den 104 Verteilungsstellen des **Allgemeinen Konsum-Vereins** für Düsseldorf und Umgegend e.G.m.b.H.

Für den Schutz der Sowjetunion!

An der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze werden japanische Truppen konzentriert. Die Gefahren eines von japanischen Imperialismus provozierten Konfliktes wachsen von Tag zu Tag. Ueberbleibsel des alten Rußland, Generalat und die Reste der Bourgeoisie, die den Traum von zaristischen Rußland noch nicht ausgetrauert haben, und in Paris, in Belgrad, in Prag, in Warschau und Charbin seit Jahren auf den ihnen günstigen Augenblick warten, beginnen jetzt unter dem Schutz japanischer Truppen, für japanisches Gold und mit japanischen Waffen Militärformationen in der Mandschurei aufzustellen. Im Fernen Osten tobt bereits der Krieg. Seit der Beendigung des Bürgerkrieges im Jahre 1921 war die Gefahr eines neuen Krieges gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt noch nie so unmittelbar und so drohend wie jetzt.

Am 1. Mai bekundet das internationale Proletariat aller Länder, daß es den festen Willen hat, seine ganze Macht und seine ganze Kraft zum Schutze der Sowjetunion einzusetzen. Das Bekenntnis zur Sowjetunion darf aber nicht ein Lippenbekenntnis sein. Entschlossener Einsatz aller Mittel und des ganzen Einflusses der organisierten Arbeiterschaft gegen die fortgesetzten imperialistischen Kriegsverstärkungen, gegen die Lieferungen von Kriegsmaterial in offener und verschleierter Form, wachsame und ständige Demarkierung der Kriegshetze und Interventionen, entschlossener Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes, gegen den Faschismus, gegen die fortgesetzte Ausplünderung der Arbeiterschaft, für den Sozialismus, das sind die realen Formen des Kampfes für den Schutz der Sowjetunion.

Zwei Welten stehen sich gegenüber.

Die kapitalistische Welt, die durch eine unerhörte Krise erschüttert wird, deren Arbeiterklasse durch die chronische Arbeitslosigkeit trotz unerhörter Anhäufung von Waren im Elend versinkt, deren Holden wie Kreuger, gestern noch die „konstruktivste finanzielle Intelligenz seiner Zeit“ (Ausspruch des englischen Nationalökonom Keynes) genannt, heute als Fälscher und Schwindler sich entpuppen — und ein Sechstel der Erdoberfläche, auf dem vor fünfzehn Jahren zum ersten Mal in der Welt die Diktatur des Proletariats errichtet wurde. Der proletarische Staat mit seinen 146 Millionen Einwohnern wurde mit der Oktoberrevolution 1917 zum wirtschaftlichen und politischen Gegensatz der ganzen kapitalistischen Welt. Zwei gegensätzliche wirtschaftliche und politische Systeme stehen sich seit fünfzehn Jahren gegenüber.

Signal Dnjeprostroi!

Die russische Arbeiterklasse steht heute trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Rückschläge in der Aufbauarbeit, im Schaffen der Grundlagen zur Verwirklichung des Sozialismus, und nichts charakterisiert besser den sozialen, technischen und kulturellen Fortschritt des proletarischen Staates als die Tatsache, daß am 1. Mai Dnjeprostroi, der Staudam größten Maßstabes, den ersten Strom liefern wird. Die ersten stromerzeugenden Turbinen mit einer Leistung von 372 000 Kilowatt werden nicht nur der Sowjetunion, sondern der ganzen Welt die Kunde von den gewaltigen Leistungen der sozialistischen Planwirtschaft bringen. In allen kapitalistischen Staaten sehen wir stillgelegte Werke, erloschene Kessel, zur Vernichtung bestimmte Güter der menschlichen Arbeit. Unerhörte Arbeitslosigkeit zermürbt die Arbeiterklasse. Am 6. März 1932 wurden allein in Deutschland 6 128 000 Arbeitslose gezählt. In der Sowjetunion steigt die Zahl der im Produktionsprozeß Beschäftigten von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1925 waren es 8 500 000, im Jahre 1929 — 12 400 000, im Jahre 1931 — 18 100 000 Arbeiter und Angestellte.

Die russische Arbeiterklasse begeht den 1. Mai im Zeichen des Aufbaus, im Bewußtsein dessen, daß sie trotz aller Leiden und Entbehrungen ihren proletarischen Staat schafft. Und zugleich bekundet dieser Staat der Diktatur des Proletariats, der sich in den schweren Jahren des Bürgerkrieges unter unerhörten und heroischen Opfern behauptet hat, heute seine Solidarität mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Aufbau drüben, — ist Arbeit und Brot hier!

Für die deutsche Arbeiterschaft ist bei der Betrachtung der Beziehungen zur Sowjetunion noch eine andere Seite wichtig. Sowjetrußland ist bei der Verwirklichung der Fünfjahrespläne der Industrialisierung auf die Einfuhr besonders von technischen Ausrüstungen und Maschinen angewiesen. Die Steigerung seiner Einfuhr ist von den Möglichkeiten der Ausfuhr seiner Rohstoffe abhängig. Die Sowjetunion liefert viele wichtige und unentbehrliche Einfuhrgüter für die deutsche Wirtschaft. In der Ausfuhr aus Deutschland rückte die Sowjetunion im Jahre 1931 an die vierte, in den beiden letzten Quartalen 1931 an die zweite Stelle. Von der Gesamtausfuhr

der Sowjetunion von wertvoller 1931 341 Millionen Rubeln 1930 nahm Deutschland 206 Millionen oder etwa ein Fünftel auf. Die Zeitschrift der Handelsvertretung der Sowjetunion in Deutschland sagt mit Recht, daß unter voller Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands, die Einfuhr aus der Sowjetunion, z. B. von Roggen, Weizen, Flachs, Hanf, Butter, Holz und Futtermitteln ganz bedeutend gesteigert werden könnte. Die Hemmnisse, die hier zu überwinden sind, liegen hauptsächlich auf politischem Gebiet, in dem Bestreben bestimmter Kreise der Bourgeoisie, sich in die antlsowjetrussische Front einzureihen. Die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, die heute vor der dringlichen Aufgabe stehen,

Die Sowjetunion für den Frieden

TU. Moskau, 29. April 1932.

Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Woroschilow, erläßt an die rote Armee und Marine zum 1. Mai einen Befehl, in dem unter Hinweis auf die gespannte politische Lage betont wird, die Regierung der Sowjetunion sel auf äußerste bemüht, den Frieden zu festigen und jede Einmischung in irgendwelche kriegerischen Konflikte zu vermeiden. Aber in dem Augenblick, in dem sowjetrussisches Gebiet von Feinden bedroht werde, und in dem man versuchen sollte, die Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans zu vernichten, sei es Aufgabe der Roten Armee und Marine, den nötigen Widerstand entgegenzusetzen und zu beweisen, daß sie Verteidiger der Weltrevolution seien. In dem Befehl Woroschilows heißt es dann weiter, daß am 1. Mai Tausende neuer Rotarmisten vereidigt würden. Sie würden später den Beweis antreten, daß sie treu zur Sowjetmacht hielten.

TU. Moskau, 30. April 1932.

Zum 1. Mai hat die Kommunistische Internationale einen Aufruf erlassen, in dem das Weltproletariat unter Hinweis auf die gegenwärtige weltpolitische Lage und angesichts der drohenden Kriegsgefahr aufgefordert wird, sich zum Schutze der Sowjetunion bereit zu halten und die Herstellung und die Beförderung von Waffen gegen den Rätebund zu verhindern. Am 1. Mai gelte es, für das Proletariat, für die Sowjetunion und für die Weltrevolution zu marschieren, trotz der Polizeiverbote.

Standrecht in Schanghai

TU. Schanghai, 30. April 1932.

Am Sonnabend früh starb Dr. Kawabata, der Präsident des japanischen Vereins von Schanghai, an den Folgen der Verwundung des Bombenanschlages. Der Zustand Schigemitsus hat sich nicht gebessert.

Die Nachforschungen über die Urheber des Anschlages werden fleißig fortgesetzt. Japanischen Kreisen zufolge war der Koreaner, der die Bombe geworfen hatte, der Freund des Führers des sogenannten „Chinesischen und Koreanischen Nationalverbandes“ und gleichzeitig Sekretär eines bedeutenden kantoneser Politikers. Es wird daher auch vermutet, daß der Anschlag auf Anstiftung von kantonesischer Seite zurückzuführen ist. Die Japaner haben das Standrecht verhängt.

*

Die japanische Propaganda benutzt das Attentat, um die Ränkepolitik, die zum Attentat geführt hat, zu stützen. Die Behauptung, daß der Attentäter mit der südhinesischen Kantongregierung in Verbindung stehe, ist durch nichts erwiesen. Allerdings ist Kanton das Zentrum des augenblicklichen nationalen Widerstandes gegen die japanischen Imperialisten. Die heldenhaften Kämpfe der 19. Armee von Schanghai sind noch in aller Erinnerung. Daher jetzt die japanische Hetzpropaganda gegen Kanton.

Chinesische Ostbahn muß Japan Truppenzüge zur Verfügung stellen

TU. Charbin, 30. April 1932.

Auf Veranlassung des japanischer Oberkommandos hat die Verwaltung der chinesischen Ostbahn mehrere Züge für die Beförderung der japanischen Truppen aus Charbin in Richtung nach Imjanpo zur Verfügung gestellt. (Stellen müssen! D. Red.)

Das japanische Oberkommando hat ferner beschlossen, auf dem Sungarfluß Truppen nach Schalan zu entsenden, die die Regierung des Generals Ma ausheben sollen.

Weitere Truppen nach der Mandschurei!

TU. Tokio, 30. April 1932.

Auf Veranlassung des japanischen Generalstabes wurde beschlossen, weitere 6000 Mann japanischer Truppen aus Osaka und Kobe nach der Mandschurei zu ent-

Mittel und Wege aufzuzeigen, auf denen für die Armee der Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen ist, indem staatliche Kredite für die weitere Ausgestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland erzwungen. Die Realität des Arbeitsbeschaffungsprogramms liegt heute in erster Linie auf diesem Gebiet. Die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen des russischen und des deutschen Proletariats in der Verwirklichung der Fünfjahrespläne, in der Abwehr aller Versuche, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu provozieren, muß in die breiten Massen der Arbeiterschaft getragen werden. Der ungestörte Aufbau in der Sowjetunion bringt auch der deutschen Arbeiterklasse Brot und Arbeit.

senden. Die Truppen sollen nach dem südlichen und nördlichen Teil der Mandschurei entsandt werden. Die Verstärkung der japanischen Truppen wird mit der „Zunahme des Bandenwesens“ begründet.

Völkerbund faßt Resolutionen — Japan pfeift darauf!

TU. Genf, 30. April 1932.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes für den japanisch-chinesischen Streitfall nahm einstimmig mit Stimmenmehrheit des japanischen Vertreters eine Entschließung an, in der auf Grund der Schanghai Waffenstillstandsverhandlungen die Zurückziehung der japanischen Truppen innerhalb kürzester Frist und die Vollmachten des gemischten Ausschusses der vier Mächte in Schanghai geregelt werden. Die Entschließung setzt jedoch keinen festen Termin für die Zurückziehung der japanischen Truppen fest und läßt somit diese für China entscheidende Frage offen.

Der Vertreter Chinas nahm die Entschließung im Namen seiner Regierung an, forderte jedoch die vollständige Zurückziehung der japanischen Truppen in die internationale Zone in aller kürzester Frist.

Der japanische Vertreter Nagata erklärte, die japanische Regierung könne die Entschließung nicht annehmen, da sie an ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber der Anwendung des Art. 15 des Völkerbundespaktes in dem Streit festhalte.

Neue österreichische Einfuhrverbote

TU. Wien, 29. April.

Der Hauptausschuß des österreichischen Nationalrates nahm am heutigen Freitag eine Verordnung über den Erlaß von Einfuhrverboten an. Die Verordnung besagt, daß mit Rücksicht auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse die Einfuhr einer Reihe besonders genannten Waren ohne besondere Bewilligung verboten sind.

Das Verbot umfaßt Artikel, für deren Einfuhr Oesterreich im Vorjahre nach der Handelsstatistik 370 Millionen an das Ausland bezahlt hat. Die Einfuhrbeschränkung ist vor allem auf die Notwendigkeit zurückzuführen, die finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande möglichst zu bescheiden und soll ein Gegenmittel gegen die Einfuhrbehinderungen anderer Staaten sein. Es haben ein Dutzend Staaten bis jetzt Einfuhrbeschränkungen erlassen, die für die österreichische Einfuhr vielfach von entscheidender Bedeutung sind. Obwohl halbamtlich darauf hingewiesen wird, daß die Einfuhrverbote im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Spitzenorganisationen erlassen wurden, macht sich doch beim Handel und in der Kaufmannschaft eine starke Gegenbewegung bemerkbar, ja es wird sogar die Forderung laut, die Kaufmannschaft solle zu dem Zeichen des Protestes ihre Läden sperren.

SAP-Wochenschrift beschlagnahmt

Unsere Ortsgruppe Köslin gibt ein Wochenblatt heraus, das zum Preise von 5 Pfg. verkauft wird. In der Mainummer wurde ein Gedicht von Otto Kanahl, betitelt „Straße frei“ veröffentlicht, das der gleichnamigen Gedichtsammlung, (herausgegeben vom Spartakusverlag 1928) entnommen ist. Gegen den verantwortlich zeichnenden Genossen ist Strafantrag auf Grund der Pressenotverordnung gestellt worden. Die bisher noch nicht verkauften Exemplare wurden beschlagnahmt. Dieser Fall zeigt erneut, wie weit die Knebelung der Pressefreiheit in Deutschland bereits gediehen ist. — Ueber ein Verbot des Sozialist ist noch nichts bekannt, doch dürfte solches mit Sicherheit ausgesprochen werden. Die Antwort der Kösliner Arbeiterschaft auf diese polizeiliche Maßnahme müßte sein, daß das Kampfsignal und SAZ in verstärktem Maße verbreitet werden.

Auch ein 1. Mai

Von Fritz Korn

Es war ein ganz ungewöhnliches Bild in jenem Tage; ambulante Gewerkschaftsschulungen schon frühmorgens ihre Stunde auf; die Bauern fuhrn mit ihren sonntagsgewohnten zur Stadt; 1. Mai und Fliegermarkt war. Während die Maschinen standen, sammelten die Arbeiter auf dem Jahrmarkt umher, andere machten sich Spaziergang in den Wald und erholten sich dort. Die Stadt, von der ich hier erzähle, liegt in einer ganz hübschen und kleinstädtischen Gegend, den württembergischen Allgäu. So gut die Industriearbeiterschaft organisiert war, so spielerisch war sie in ihrem Denken. Es mußte also ein äußerer Anlaß sein, der die Arbeiter einmal aufleben ließ und gegen die schreckende Ungerechtigkeit der herrschenden Ordnung zu rebellieren befehl. In der Papierfabrik wurden damals 12 Stunden und mehr an einem Tage gearbeitet, Sonntags sogar 24 Stunden. Die ältesten Arbeiter in diesem „Krematorium der Chemie“ waren 45 bis 50 Jahre, sie hatten alle schon graue Haare. Selten war es, wenn über die Lippen meines Vaters ein Lächeln huschte.

Der 1. Mai sollte in diesem Jahre den ganzen Tag gefeiert werden. 700 Arbeiter in einer Stadt mit 6000 Einwohnern demonstrierten. Kommunisten und Sozialdemokraten standen — wohl aber zum letzten Male — in einer Front. Sammeln zur gewaltigen Demonstration, die diese Stadt jemals gesehen hatte. Die Wahlplakate waren rot und grün von den Fahnen, Girlanden und Transparenten. Sogar die Geschäftsleute brachten ihre Sympathie durch Beflaggung zum Ausdruck. Voraus den roten Wall von Fahnen und dem trotzigen Getöse der proletarischen Bataillone zogen die Kinder der Arbeiter, frohe aber bleiche Gesichter, sie schwenkten rote Fähnchen, und freuten sich über den sonnenhellere Tag. Manches unverständliche Gespött gegen die Arbeiter wurde ausgesprochen — aber auch innere Teilnahme und Freude der leider manchmal abseitstehenden Landarbeiter und Kleinbauern war das Ergebnis meiner psychologischen Studien der stummen Gesichter. Sie wußten nicht, was es heißt, für die Forderung nach Existenzberechtigung zu demonstrieren.

Aller Herzen schlugen wärmer, das Bekenntnis zum Sozialismus gestaltete sich zu einem Orkan. Aber dann kam die Enttäuschung. Ein Prolog vom lieblichen Mai war der würdevolle Auftakt zu dem Märchen des „Herrn Festredner.“ Er erzählte von der aufgehenden Sonne (mit Lohnabbau und langer Arbeitszeit), von Verständigung und Demokratie (wohl mit der Reaktion, denn inzwischen segnete Zörgiebel den Berliner Wedding mit Arbeiterblut.) Wie ein Funal wirkte der Ruf eines Arbeiters in die zerstäubende und trennende Phraseologie der Glückseligkeit in der republikanischen (klassenbedingten) Staatsform: „Wenn heute in Berlin Arbeiterblut fließt, sind die sozialdemokratischen Führer schuldig!“

Ein lustiger Schwank und der „allgemeine“ Maitanz und der so viel versprechende Maitanz war in ein Nichts versunken. Das war alles, was den nach Erkenntnis suchenden Arbeitern geboten wurde. — An anderen Tagen trugen die Arbeiter müder als zuvor ihren Körper in die Fabrik, sie hatten den Glauben an ihre eigene Kraft verloren. Sinnlos laufen sie heute dem Faschismus nach. Das ist das Ergebnis unseres falsch geführten Kampfes.

Vor mir liegt ein Brief meiner tapferen Mutter:

„Wir haben jahrelang geopfert, wissen und kennen heute aber nichts anderes als die Selbsterlöschung der Arbeiter. Dein „Woh“ und die Zeitungen, die Du uns schickst, waren Vater und mir wieder Stärkung in dieser heute so schweren und doch so wichtigen entscheidenden Zeit. Nehme bitte die Zusicherung — daß Du Deinen Eltern den Glauben an sich selber zurückerobert hast, als Stärkung für Dich auf. Dieses Jahr werden wir den 1. Mai wieder als den „proletarischen Tag“ im proletarischen Alltag begehen, wie Du schreibst.“

Ja, wir alle wollen uns in unserem Kampfe um die Diktatur des Proletariats, und damit aufwärts zum Sozialismus stärken, damit wir dem großen Heer der Arbeitenden und Arbeitslosen ihren 1. Mai wiedergeben können. Das ist unsere Manifestation zum proletarischen Maitag.“

Haftbefehle gegen die Steglitzer Mörder

Dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium wurden am Sonnabend der kaufmännische Angestellte Eugen Seibel, der Regierungsbauführer Erich Soldau und der Schmied Hans Zwicklinski vorgeführt, die der Tötung des Bautechnikers Hugo Freck verdächtig sind. Es wurden gegen sie Haftbefehle wegen des dringenden Tatverdachts des gemeinschaftlichen Totschlags erlassen. Die drei Beschuldigten sind geständig, den Freck in Steglitz mißhandelt zu haben, weil sie ihn für einen kommunistischen Spitzel hielten. Sie suchen ihre Tat damit zu entschuldigen, daß sie angetrunken gewesen seien.

Soll der Faschismus triumphieren?

Ein Mahnwort an alle Gewerkschaftsmitglieder / Von J. Walcher

Es ist noch gar nicht so lange her, da haben die sogenannten angestammten Wortführer der deutschen Arbeiterklasse nur mit herablassendem Hohn und Spott von der nationalsozialistischen Bewegung gesprochen. Inzwischen hat in die en Kreisen die brennende Selbstzufriedenheit schlotternder Amsel Platz genommen. Die Tat sache, daß die Nazis - vor zwei, drei Jahren noch als Scheitlerfiguren verachtet - in Preußen heute doppelt so stark sind wie die SPD samt der linken Front und stärker als SPD und KPD zu sein, hat die unheimliche Größe der faschistischen Gefahr für die Arbeiterklasse aufgezeigt. Und es ist mehr als eine frivole Drohung, wenn der „Angriff“ prophesiert, die 43. Marzfeier der deutschen Arbeiterklasse werde vorerst die letzte sein. Selbstverständlich wird schließlich und endlich der Maidgedanke triumphieren, selbstverständlich werden die Arbeiter in Deutschland und über den ganzen Erdkreis zur Müllfeier aufmarschieren, wenn die ganze Hitlerei langst zu Schutt und Druck zerfallen ist. Aber wenn auch, geschichtlich gesehen, der Faschismus nur eine vorübergehende Erscheinung sein wird, so heftet doch die große Gefahr, daß er in naher Zukunft zur Macht gelangt, daß er diese Macht Jahre und vielleicht Jahrzehnte behauptet, und daß er, um ein Wort von Leo Trotzki zu gebrauchen, wie ein furchtbarer Tank über die Schindeln und Wirbelsäulen der Arbeiter hinweggefahren wird.

„Unter den Verhältnissen, in die uns das kapitalistische Wirtschaftssystem hineingemauert hat, steht es jetzt vor dem Untergang, vor dem Zusammenbruch. Will es sich retten, so gibt es dazu nur das eine einzige Mittel: unausgesetzt verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse.“ Mit diesen Worten hat die „Metallarbeiter-Zeitung“ die Situation durchaus richtig gekennzeichnet. Je mehr sich die Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärfen, je größer der dadurch verursachte Leerlauf wird, desto mehr ist die herrschende Klasse bestrebt, durch gesteigerte Ausbeutung und Ausplünderung der noch beschäftigten Massen das wankende Gefüge aufrecht zu erhalten. Es wird immer fraglicher, ob es überhaupt noch möglich ist, auf kapitalistischer Basis und mit kapitalistischen Mitteln einen, wenn auch nur zeitweiligen, Ausweg aus der Krise zu bahnen. Auf jeden Fall aber steht den Verfechtern des kapitalistischen Systems kein anderer Weg offen, als zu versuchen, die Krise zu Lasten und auf Kosten der werktätigen Massen zu überwinden. Zunehmende Arbeitslosigkeit, fortschreitende Verelendung, wachsende Kriegsgefahr, neues Massenmorden, das sind auf jeden Fall die unausweichlichen Folgen des kapitalistischen Niedergangs.

Wer sich nicht damit abfinden will, daß die wachsende Produktivität, der sich häufende Reichtum zur Quelle von maßlosem Elend wird, der muß die schärfste Kampfstellung gegen das kapitalistische System und seine Stützen einnehmen. Das gilt besonders für die Gewerkschaften. Heute sieht jeder, daß die Gewerkschaften ihren Zweck verfehlen, wenn sie sich auf einen Guerillakrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems beschränken. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, heute mit ihrer ganzen Kraft auf die Beseitigung des kapitalistischen Systems hinzuwirken und „ihre organisierte Kraft als einen Hebel für die endgültige Emanzipation der arbeitenden Klassen, d. h. die endgültige Abschaffung des Lohnsystems zu gebrauchen“. (Marx.)

Statt jedoch ihre Kampfziele in revolutionärem Sinne auszuweiten, sehen wir, wie die Gewerkschaften heute unter reformistischer Führung sogar in dem „Guerillakrieg“ gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Systems versagen und daß sie eine Regierung tolerieren und verteidigen, die den Lohn- und Unterstützungsraub durchführt. Der 21. April hat gezeigt, in welchem unerhörtem Grade durch dieses Verhalten der reformistischen Gewerkschaftler der Faschismus begünstigt wird. Wenn die Fortsetzung des bisherigen Kurses des ADGB führen muß, ist leicht zu erkennen. Neue Schläge sind gegen die Arbeiterklasse in Vorbereitung. Ein neuer Lohnraub ist bereits eingeleitet. Der in mühseligen Kämpfen errungene bezahlte Urlaub soll mit verschiedenen Methoden derart verkümmert werden, daß er praktisch für die meisten Arbeiter völlig wertlos wird. In wenigen Tagen ist eine neue Notverordnung zu erwarten, durch die die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenversicherung und in der Krisenfürsorge radikal herabgesetzt werden. Es sollen 600 Millionen Mark durch eine „gewisse Anpassung“ der Sätze der Erwerbslosenversicherung und der Krisenfürsorge an die Wohlfahrtsunterstützung eingespart werden. Übernehmen die freien Gewerkschaften auch für diesen neuen Raubzug, für diese unerträgliche Verschlechterung

der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse die Verantwortung, dann ist leicht zu erkennen, daß der Faschismus noch rascher als bisher wachsen und daß es nicht mehr lange dauern wird, bis der Faschismus, zur absoluten Mehrheit gelangt, die zernährte Arbeiterklasse vollends niedrücken und terrorisieren kann.

Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß die Führer des ADGB den selbstmörderischen Kurs fortsetzen werden, sofern nicht durch einen unüberwindlichen Druck von unten eine Kursänderung erzwungen wird. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sind sich darüber klar, daß unter den heutigen Verhältnissen die rückwärtige Verfechtung der Arbeiterinteressen der Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel im Kampf gegen Hunger und Elend, gegen Lohn- und Unterstützungsraub, revolutionäre Konsequenzen zeitigen muß. Vor der proletarischen Revolution haben sie aber eine unüberwindliche Abscheu. Deshalb sehen sie auch theoretisch im Kielwasser hilfloser

Vulgärokonomen, wobei sie wiederholt gezwungen wurden, zum alten Eisen zu werfen, was gestern noch ihr theoretisches Glanzstück war. Jahrelang haben sie die Rationalisierung als das Mittel zur Überwindung der Krise gepriesen, um dann auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress durch Prof. Lederer verblüdet zu lassen, daß die Drosselung des technischen Fortschritts das einzige Mittel sei, um den wachsenden Abstand zwischen Produktion und Konsumtion zu verringern. Während alle reformistischen Gewerkschaftsführer einer vulgären Kaufkrafttheorie huldigen, haben sie praktisch wiederstandslos den regressiven Lohnabbau hingenommen, obgleich doch das nach ihrer eigenen Theorie nicht nur die Arbeiter schädigen, sondern die Krise noch mehr verschärfen muß. Während die reformistischen Gewerkschaftsführer noch vor kurzer Zeit der Wirtschaftsdemokratie huldigten, haben sie es heute gesehen, daß das Tarifrecht mehr und mehr durchlocht wird, ja sie sind hinter der trügerischen Fassade

Gemeindearbeiter, jetzt gilts!

Keinen Pfennig Lohnabbau, andernfalls Streik!

Bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium wurden den Gewerkschaftsvertretern Richtlinien vorgelegt, nach denen die Gemeindeverwaltungen angewiesen werden, auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 die Löhne der Gemeindearbeiter um mindestens 10 Prozent zu kürzen. Die Richtlinien, denen Stegerwald ausdrücklich zugestimmt hat, lauten:

„§ 7 Abs. 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung muß grundsätzlich durchgeführt werden, je doch soll als eine der Notverordnung entsprechende Durchführung auch eine Regelung nach Maßgabe des folgenden gelten:

Einzelne Abweichungen von der Bestimmung des § 7 Abs. 4 der zweiten Gehaltskürzungsverordnung über die Angleichung der Stundenlohnbezüge der Arbeiter der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts an die der Arbeiter im Reichsdienst einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost können zwischen den Tarifparteien mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen vereinbart werden.

Der Reichsminister der Finanzen wird seine Zustimmung erteilen: a) wenn die Abweichung lohnpolitisch unbedenklich erscheint und die finanzielle Auswirkung im ganzen nicht wesentlich vermindert oder b) wenn die Abweichung zur Vermeidung außergewöhnlicher Härtefälle notwendig erscheint. In diesem Falle ist die Härte in der Regel durch Gewährung einer persönlichen Zulage für die bereits im Dienst befindlichen Arbeiter zu beseitigen, die so zu bemessen ist, daß für die im Dienst befindlichen Arbeiter der gegenwärtige Stundenlohnbezug nicht mehr als 10 Prozent gesenkt wird.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte unter Zustimmung des Vertreters des Arbeitsministeriums, daß den Parteien die Ge-

legenheit gegeben werden müsse, über diese Richtlinien zu verhandeln. Es sei daher notwendig, die zur Zeit bestehenden Lohnstarife angemessen zu verlängern.

Im Anschluß an diese Besprechung vereinbarten die Parteien: „Alle am 30. April 1932 geltenden Lohnregelungen laufen über den 30. April 1932 hinaus weiter und enden am 31. Mai 1932, ohne daß es einer Kündigung bedarf.“

Die Ankündigung des Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministers und damit der Brüning-Regierung ist die denkbar größte Provokation der ganzen Arbeiterklasse - nicht nur der Gemeindearbeiter - zum 1. Mai. Die Brüning-Regierung beweist hier wieder, daß sie auch jetzt die Führung der unausgesetzten Lohnabbauoffensive des Kapitals hat. Die „Angleichung“ der Gemeindearbeiterlöhne an die der Reichsarbeiter bedeutet Lohnabbau bis zu 20 Prozent. Das Privatkapital wird dieser „Führung“ schnell und gern folgen.

Wollen angesichts dieses neuen planmäßigen Lohnraubs auf der ganzen Front SPD- und ADGB-Führer weiter tolerieren?

Hier gibts kein Ausweichen mehr. Hier kann nur mit dem schärfsten Gegenstoß der Arbeiterklasse unter Einsatz aller Machtmittel der Gewerkschaften geantwortet werden, wenn nicht der letzte Rest Vertrauen zu den Gewerkschaften verlorengehen und die Arbeiterklasse völlig im Elend versinken soll.

Die Gemeindearbeiter sind heute noch imstande, diesen Kampf mit Erfolg zu führen. Einem entschlossenen Abwehrstreik der 300.000 Gemeindearbeiter, verbunden mit der politischen Mobilisierung der übrigen Arbeiterschaft kann heute keine Regierung standhalten. Deshalb: Keinen Pfennig Lohnabbau, andernfalls Streik! Das muß zum Leitmotiv für sofortige Kampfvorbereitung in allen Gemeindebetrieben werden.

„Auflockerung“ der Tarife

Lohnstarifikündigung im Ruhrbergbau

TU. Essen, 30. April 1932.

Der Zecheverband hat am heutigen Sonnabend die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Mai gekündigt.

Als Ziel dieser Kündigung betrachtet der Zecheverband in Abweichung von der bisherigen Übung nicht die tarifliche Feststellung einer generellen Lohnherabsetzung, sondern eine Auflockerung des bestehenden Lohnsystems, die den Zechen in gewissen Grenzen eine Anpassung ihrer Lohnhöhe an ihre besonderen Verhältnisse ermöglicht, wie es in anderen Industriezweigen seit längerem der Fall ist. Nach Ansicht des Zecheverbandes wird die bisherige starre Tarifregelung den verschiedenen gelagerten Beschäftigungsmöglichkeiten auf den einzelnen Schachtanlagen und den Verschiedenheiten der Arbeitsverdienste nicht hinreichend gerecht, so daß eine Auflockerung gerade zur Aufrechterhaltung möglichst zahlreicher Arbeitsstellen dringend geboten erscheint. Die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. Mai hat auch den Neuaufschluß des Manteltarifs zum selben Zeitpunkt zur Folge.

Da die Zechebarone die führenden Scharfmacher in Deutschland sind, muß damit gerechnet werden, daß ihre Forderung der „anpassungsfähigen“ Tarife jetzt zur Generalprobe der gesamten Unternehmung wird. Der von uns gemeldete Schiedsspruch für die sächsische Papierindustrie, wo

ein dehnbarer Lohnstarif mit geringeren Löhnen für „besonders notleidende Betriebe“ vorgesehen ist, zeigt, daß die Stegerwald-Schlichter den Wünschen der Unternehmer vollkommen entsprechen.

Der „aufgelockerte“ Tarif bedeutet nichts anderes als

Lohnfestsetzung nach dem selbstherrlichen

Diktat der Unternehmer

und damit gleichzeitig die praktische Zerschlagung der Tarife überhaupt. In der heutigen Situation muß eine kampflöse Hinnahme dieser Tarif-„Lockerung“ zum Verfall und zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen. Es steht also hier für die Arbeiterbewegung alles auf dem Spiel.

Marineleitung kündigt Lohnstarif

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit (!!) hat die Marineleitung sich genötigt gesehen (!!), die Löhne des Tarifvertrages für die Marinewerft und das Marinearsenal in Kiel zu Ende Mai zu kündigen. Die Marineleitung will die Löhne der Marinewerftarbeiter den auf den Nordseewerften gezahlten Löhnen „anpassen“, da die Marinewerftlöhne noch um 5 bis 9 Pfennig höher liegen.

Also auch die Direktoren der Staatsbetriebe in holder Kampfgemeinschaft mit den Scharfmachern der Privatindustrie für neuen Lohnraub. Wie schrieb doch der Vorwärts: „Stegerwald - den Lohnsenkung!“ - „daß Brüning kein Lohnabbau will, ist bekannt!“

einer sogenannten Arbeitserhaltungsprogramm bereit, einen nur dreifig maskierten Arbeitsdienst zu unterstützen.

Es sind also gute Zeiten für Faschisten.

Auch über die Unterstatzung, die ihnen von seiten der KPD RGO zuteil wird, brauchen sich die Faschisten nicht zu bekümmern. Daß der Reformismus innerhalb der Gewerkschaften nicht in dem Grade, wie sein Bankrott offenbar geworden ist, abgewirtschaftet hat und durch eine zielbare Opposition verdrängt worden ist, ist auf die grundsätzliche Taktik der KPD zurückzuführen. Und die neben den freien Gewerkschaften bestehenden RGO-Verbände haben trotz aller Opfer und hingebungsvoller Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder der revolutionären Bewegung an sich viel mehr geschadet als genutzt. Denjenigen, die dies nicht vorher bereits erkannt hatten, hat der 21. April bewiesen, daß bei den größtenteils sinn- und verantwortungslosen RGO-Experimenten am Ende nicht Soldaten der Revolution, sondern der Konterrevolution herausgekommen sind.

Leider muß festge stellt werden, daß die verantwortlichen Strategen der KPD sich auch jetzt noch nicht entschließen können, den Tatsachen offen ins Auge zu schauen. Es wäre übertrieben zu sagen, daß die katastrophale Niederlage der KPD ausschließlich auf ihren RGO-Kurs zurückzuführen ist, aber daß er eine der wesentlichsten Ursachen ist, das kann der Blinde mit dem Krückstock fühlen. Dessenungeachtet erfahren wir sowohl aus der „Pravda“ wie aus der „Roten Fahne“, daß der RGO-Kurs unentwegt weitergesteuert werden soll. Franz Dähle macht es den RGO-Anhängern zur Pflicht, „noch intensiver als bisher die hunderte und tausende verschiedener Möglichkeiten auszunützen, um Teilbewegungen auszulösen“. Man sieht, daß es aus der Hauptfehlerquelle bei der KPD kräftig weiterfließt. Die Folgen werden in Zukunft die gleichen sein wie bisher, nur mit dem Unterschied, daß künftig nicht mehr so sehr die Reformisten, sondern vor allem die Faschisten die Nutznießer des RGO-Kurses sein werden.

Wenn sonach sowohl die reformistischen wie die RGO-Strategen durch ihr Verhalten auch weiterhin die faschistische Bewegung begünstigen werden, so besteht dennoch für die denkenden Gewerkschaftler kein Anlaß, die Flinte ins Korn zu werfen. In den Mitgliederkreisen sieht es hier wie dort ganz anders aus. In der KPD-Mitgliedschaft ist eine heftige Gärung im Gange. In den Kreisen der SPD-Mitglieder wächst die Erkenntnis, daß der Faschismus nicht durch Koalitionspolitik, sondern nur durch die vereinte Kraft der Arbeiterklasse gezwungen werden kann. Deshalb sind heute die breiten Arbeitermassen für den Gedanken der proletarischen Einheitsfront empfänglicher als je. Es ist vor allem die Aufgabe der Anhänger der SAP jede Gelegenheit, jede Betriebs- und Gewerkschaftsversammlung, jede Zusammenkunft von Arbeitslosen auszunützen, um den Arbeitern die Erkenntnis einzuhämmern, daß es heute gilt, eine entschlossene und geschlossene Kampffront unter folgenden nächstliegenden Parolen zu bilden:

Schluß mit der Tolerierungspolitik.

Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel zur Abwehr der Kapitaloffensive.

Keinen Pfennig Lohnraub.

Gegen jede sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Gesetzliche 40-Stundenwoche mit Lohnausgleich.

Gegen jede Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung.

Für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vor allem durch gesteigerte Lieferungen für Sowjetrußland.

Zu diesem Zweck forcierte Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten aus der UdSSR. und Erhöhung der Kredite! Oeffnung der stillgelegten Betriebe und ihre Inanganzsetzung unter Kontrolle der Arbeiter und Angestellten mit Hilfe staatlicher Subventionen.

Für dieses Programm, über das es unter den Arbeitern aller Richtungen kaum ernsthaftere Meinungsverschiedenheiten geben dürfte, gilt es, die Einheitsfront der Arbeiter aufzurichten. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Es geht für die Arbeiterbewegung und besonders auch für die Gewerkschaften um Leben und Tod. In diesem Bewußtsein gilt es für eine radikale Kursänderung in den Gewerkschaften und für die praktische Verwirklichung der Einheitsfront zu kämpfen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Herbert Dückstein für Inserate Johannes Hoffmann Verlag Siebel Zeitungsverlagsges. mbH Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16 Tel.: Kupfergraben E 2 2004

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2005

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2,10 und RM - 30 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2,10 und RM - 36 Z. - Abgebühr. Unter Kreuzband. RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1 30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf C. unserer Spezialtarife für die Verbetrie.